

Volksmacht

für Schlesien

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21732, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zfl. Breslau

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Verfallungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditiön Kurze 49 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Auffahrt“, „Sozialistische Literatur-Anschauung“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditiön Kurze 46, durch die Filial-Expeditiön Kurze 100, sowie durch alle Ausräcker zu beziehen. Der Preis im voraus zu entrichten beträgt 0,42 Rmk. + 8 Pf. Trägerpreis monatlich 1,75 Rmk. + 55 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmk.

Die Wirtschaftskrise vor dem Landtag

Handelsminister Schreiber gegen das Inflationstreiben der Nazis Die wahren Ursachen der Wirtschaftskrise - Nur der Sozialismus kann uns retten

Der Preussische Landtag setzte am Dienstag die Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums mit der Einsetzung der Kommission fort.
Der Abgeordnete (Komm.) forderte Aufhebung der Vermögenserordnung zur Wohnungszwangswirtschaft.
Der Abgeordnete (Komm.) forderte die Erhöhung der Mittel für die Krebsbekämpfung. Die Krebskranke wies darauf hin, daß von der Krebsbekämpfung hauptsächlich Frauen betroffen werden.

Die Behauptung des Abg. Ziemann (Dnat.), daß von den 10 Milliarden Mark Hausinsidermitteln für den Wohnungsbau schon viel als verloren gelten müsse, wies der Ministerialdirektor Heuer mit der Bemerkung zurück, daß aus dem Reichs-Wohnungsfürsorgefonds bisher Ausfälle überhaupt nicht vorgekommen seien.

Der Abgeordnete (Komm.) verlangte Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose von 700.000 Mark auf 1.000.000 Mark.

Der Abgeordnete (Soz.) wies dem Ministerialdirektor Heuer die Verwaltung des Stadt-Breslau zurück. — Damit war die zweite Beratung des Haushalts bis zum nächsten Donnerstag erledigt, die am Donnerstag fortgesetzt werden wird.

Es folgte die zweite Lesung der Haushalte der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Porzellanmanufaktur.

Der Abgeordnete (Komm.) erbat den Ausschussbericht hinsichtlich des Haushalts, der eine Anzahl von Anträgen zur Annahme empfahl, die sich unter anderem gegen das Zugabemodell, die Konturierung der öffentlichen Hand und die Kartellbildung wendeten. Außerdem wird die obligatorische Einweisung der Berufsschule und die Verpflichtung der erwerbsfähigen Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren zu einem zusätzlichen Unterricht von mindestens 12 Stunden in der Berufsschule verlangt.

Der Abgeordnete (Komm.) berichtete über die Auswägungen zum Haushalt der Porzellanmanufaktur.

Handelsminister Dr. Schreiber

Ich habe, daß der Haushaltsentwurf im Zeichen der Weltwirtschaftskrise steht, deren Schwierigkeiten nicht nur rein wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur seien. Deshalb komme man nicht nur mit wirtschaftlichen Mitteln allein bei. Zu den Ursachen der Weltwirtschaftskrise gehören vor allem die Entwicklung der Völker während des Krieges und nach dem Kriege. Viele Völker hätten sich im Kriege auf einen Aufbau für die Zukunft vorbereitet, die sie vorher von anderen Ländern, vor allem von Deutschland, bezogen hätten. Der Krieg hat die Krise durch die auch wirtschaftlich verhängnisvolle Entwertung nach dem Kriege, die der Weltwirtschaft alles andere als förderlich sei. Alle Länder, die nach dem Kriege neu geschaffen wurden, seien bemüht, ihren Bedarf im eigenen Lande zu decken. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland, das am internationalen Austausch besonders interessiert ist, dabei erheblich berührt wird. Zu den Ursachen der Wirtschaftskrise gehören aber auch die ungeheure Inflation, die die Erzeugung viel schneller vorwärts als die Abnahmefähigkeit jenseits läßt. Deutschland leidet besonders an der künstlichen Verdrängung des vorkrieglichen Engpass durch die Reparationszahlungen. Seine Wirtschaftslage werde gekennzeichnet durch 40 Millionen Arbeitslose, durch Verdoppelung der Kurzarbeit gegenüber dem Vorkriege und durch Verdoppelung der geschäftlichen Zusammenbrüche gegenüber dem Vorkriege. Ueber die Möglichkeiten einer Arbeitsbeschaffung im großen Stile gebe ich die Besorgnis, daß die Inflation nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Moral der Bevölkerung zerstört. Die Inflation zerstört die Moral der Bevölkerung, die die Grundlage der Wirtschaft zu bilden. Würde man den Geldumlauf vermindern, so würde man nicht nur die Inflation, sondern auch die Moral zerstören, sondern nur die Schäden der Inflation erneut heraufbeschwören. Hinsichtlich des Problems der Beschäftigung von arbeitsfähigen Jugendlichen gehe ich der Berufs- und Nachschullehrerschaft dank für ihre unermüdete Mitarbeit. Beim Preisabbau könne die Beschäftigung in wesentlichen nur im Exportieren und Importieren liegen. Besonders dringlich sei eine Herabsetzung der Zölle bei den öffentlichen Betrieben. Die Zölle bei den öffentlichen Betrieben würden nur als ein Hindernis für die Wirtschaft angesehen werden, weil die Banken in der Lage sind, mit dem Geld ihrer Einleger zu arbeiten. Die Banken können nur verdrängt werden durch die Abgabe des Reichsrentenscheins. Die Schönheit der deutschen Verhältnisse. Das Resultat der Verhandlung im Lande sei darum ein Verheerendes an der deutschen Wirtschaft. Die politischen Ereignisse des letzten Jahres hätten unsere Kreditbedingungen um 20 bis 30 Prozent verschlechtert. Deutschlands Lage sei jedoch nicht hoffnungslos, denn internationale und nationale Konferenzen würden sich abspielen. Die Verantwortungsbewußten ohne Rücksicht auf politische Richtung müßten sich zusammenfinden und die Schwarzfahrer und Abenteurer, die die Seele des Volkes vergiften.

Der Ministerialdirektor des Wirtschaftsministeriums hat auf Überindustrialisierung der Welt,

Überindustrialisierung bei uns und zahlreiche Kapitalfehlleistungen. Nicht marxistische Experimente oder sozialpolitische Überhebungen haben die Krise verschuldet. Diese Theorie des Herrn Hugenberg, der die Hälfte der öffentlichen Meinung kommandiert, dient nur dem Generalangriff gegen die deutsche Sozialpolitik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wenn wir nicht in ihr eine Küberversicherung gegen die Arbeitslosigkeit der 5 Millionen hätten, welche Anarchie der Weltwirtschaft münde die Folge sein; dem aus der Arbeit herausgeschüttelten Menschen bliebe nur die Wahl zwischen Verhungern und Verbrechen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der größte Nutzen des Weltkrieges, die Vereinigten Staaten, das Land ohne Marxismus und ohne Sozialpolitik, der Bankier, der Warenverarbeiter, der größte Güterproduzent der Welt hat 7 Millionen Erwerbslose. England, der Nutznießer der Arbeit der halben Welt, 3 Millionen. Italien, das Vorbild der Nazis, das zwei Millionen, 2 Millionen Erwerbslose; aber der in Arbeit lebende Italiener hat nur 48 Prozent des deutschen Reallohn. (Hört, hört!) Das Ideal der Kommunisten, Rußland, hat nach 13jährigen Lehrenungen bolschewistischer Diktatur trotz aller statistischen Fälschungen 2 Millionen Arbeitslose, Brot- und Fleischkürze und Schlauchschellen (Särm bei den Kommunisten.) Uebrigens sind die russisch- u. Sowjetische doch ganz andere Kerle als die deutschen Kommunisten. Die Sowjetische, das waren die Männer aus Sibirien, aus der Peter-Pauls-Festung, aus dem Exil, die aus Westeuropa ein großes intellektuelles Erbe mit heimgebracht hatten. Aber Sie, die deutschen Kommunisten, bei Ihnen lang es doch noch nicht bei einem einzigen auch nur für den kleinsten Konsumverein. (Stürmische Heiterkeit und großer Beifall.) Die deutschen Kommunisten sind Scharlatane und Maulaufreißer, die im Grunde ihres Herzens froh sind, daß die schwere Last der deutschen Wirtschaft nicht auf ihren schmalen Schultern ruht. Und was haben selbst die russischen Sowjetiker geleistet? Der Panait Istrati's drei Bänden über Sowjet-Rußland verfaßten Dostojewski's Memoiren aus dem Zerkowhaus. In Europa wird weder Schlagwort noch Schlagwort liegen. (Lob, Beifall.)

Wir sind mit den Maßnahmen der preussischen Regierung im wesentlichen einverstanden. Aber um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, müßte Deutschland einen internationalen Vorstoß auf allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit unternehmen. Wenn die Technik zu ergiebig geworden ist, muß man die Menschen entlasten. Deutschland würde mit einem solchen Vorstoß an das internationale Arbeitsamt oder den Völkerbund große moralische Eroberungen machen. (Beifall.)

Die gegenwärtige Krise ist keine Lokalkrise. Die Zinsbelastung ist in der Selbstkostenrechnung ganz anders gestiegen als das Lohnkonto und die soziale Belastung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit Arbeitszeitverlängerungen und Stilllegungen ist dieser Wirtschaftskrisis nicht beizukommen. Wenn man z. B. wie die Vereinigten Stahlwerke, mit neuem Auslandskapital rationalisiert und dabei unzählige Werte stilllegt, behält man die Regel der Zinslast am Fein, und das unermessliche Ergebnis ist dann, daß der deutsche Eisenpreis 20 Prozent höher ist als in dem längst nicht so rationalisierten England. Gewiß waren wir zur Rationalisierung gezwungen, um den Vorprung der neutralen und der Siegerländer nachzuholen. Aber man hat vielfach die richtige Methode verfehlt und sich im Tempo verirrt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Härte der Regierung die Nachr gehabt, den leitenden Industriekonzerne den futzräftigen Auslandskredit zu verweigern, münde es heute um die deutsche Wirtschaft besser. Um so mehr haben

wir allen Grund, die Hoheit des demokratisch-republikanischen Staates über die Interessen habgieriger Unternehmer zu sichern. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) In der Kohlenwirtschaft hat die Regierung einen 12prozentigen Preisabbau mühelos durchgeführt. Hätten wir überall eine öffentliche Wirtschaft, wären überall Verbraucher und Produzenten zusammengeschaltet, wie bei Kohle und Kali, würde nicht so viel Preisabbau bloß auf dem Papier. (Sehr gut! bei den Soz.) Es ist wirklich nicht nötig, daß deutlich oberirdische Kohle von Feurhen nach Berlin doppelt so viel Fracht kostet, wie politisch oberirdische von Kattowitz nach Gdingen. Wir erleben jetzt ein Wertrennen kranker Betriebe um Subventionen. Zugleich mit den giftigsten Angriffen gegen die öffentliche Hand. Aber wenn die oberirdische Eisenindustrie, wenn Kurp. Fleß, Mansfeld und Schichau in Not sind, wissen sie die Staatsregierung zu finden und reden keinen Ton mehr von öffentlicher Wirtschaft. Der Staat kann aber nicht bloß der Nachwächter der privatkapitalistischen Betriebe sein. Er braucht staatseigene Unternehmen, die als Kontrollorgane, um die Selbstkosten, die Sozialitäten und die Möglichkeiten der Preispolitik zu kontrollieren. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Großindustrie ist ja heute nur die Gefangene der Grobbanken. Hier hat sich ein Stück Vergeßlichkeit vorbereitet, aber leider mit dem schärfsten antizipationalen Vorzeichen. Unter dem Vorzeichen der Mittelstand zu vernichten. Schon vor Jahren habe ich an dieser Stelle betont, daß wir das deutsche Handwerk für einen wertvollen Bestandteil der deutschen Produktion halten, daß es für viele von uns die Heiligtum des Lebens gemein ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir können unsere manuelle Ausbildung im Handwerk um so höher, je mehr heute die Arbeit mechanisiert und entleert ist. Dieser unter Standpunkt ist so alt wie die Sozialdemokratie, und es beweist nur die Macht der Lüge, die Presse, wenn wir die bürgerliche Kritik drängen das Gegenteil glauben. Der Bauer, der die Scholle mit eigenem Schweiß pflügt und der Handwerker, dem wir sein Arbeitsgerät erhalten wollen, sind von kapitalistischer Ausbeutung und Wucher, ist dem deutschen Arbeiter weichen und jenseitig und sein natürlicher Verbündeter im Kampf gegen Kapital und Großgrundbesitz. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das weiß jeder gelehrte Arbeiter. Genau so wie er weiß das schon Lysalle in seinem eigenen Anmarschreiben, der Geburtsurkunde der deutschen Arbeiterbewegung, dem demokratischen Sozialismus seine historische Mission vorgezeichnet hat: im Feudalstaat war der Grundherr alles, der arbeitende Mensch eine Sache wie Kuh und Ochse. Auch nach der Verkündung der Menschenrechte blieb in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Geld der Herrscher, der inoffizielle Mensch ein Hebel.

Schallende Ohreife für den Landbund

Ombudgen nimmt die Reichsregierung gegen die Landbundhege in Schutz

Der Reichslandbund, der sich in seiner Berliner Paradehalle am Zirkus Busch heftige Angriffe gegen die Reichsregierung leistete, richtete zugleich an den Reichspräsidenten als Ehrenmitglied seiner Organisation ein Begrüßungstelegramm, das dieser am Dienstag - wahrscheinlich zum Entsetzen der Landbundgrößen - wie folgt beantwortet hat:

„Haben Sie vielen Dank für die freundlichen Grüße von der Reichslandbundorganisation im Zirkus Busch, die ich herzlich erwidere. Die Reichsregierung wie ich selbst sind nach wie vor nach besten Kräften bemüht, jede Möglichkeit auszunutzen, um die Notlage der Landwirtschaft zu beheben. Wir rechnen dabei auf tatkräftige Mitarbeit und zielbewusste Selbsthilfe der Landwirtschaft und hoffen zureichend, durch eine solche Zusammenarbeit wieder bessere Zeiten für die deutsche Landwirtschaft zu erreichen.“

Der Reichspräsident stellt sich mit dieser Antwort vor die von dem Reichslandbund in geschäftiger Weise ausgesprochene Reichsregierung. Eine schallende

wir allen Grund, die Hoheit des demokratisch-republikanischen Staates über die Interessen habgieriger Unternehmer zu sichern. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) In der Kohlenwirtschaft hat die Regierung einen 12prozentigen Preisabbau mühelos durchgeführt. Hätten wir überall eine öffentliche Wirtschaft, wären überall Verbraucher und Produzenten zusammengeschaltet, wie bei Kohle und Kali, würde nicht so viel Preisabbau bloß auf dem Papier. (Sehr gut! bei den Soz.) Es ist wirklich nicht nötig, daß deutlich oberirdische Kohle von Feurhen nach Berlin doppelt so viel Fracht kostet, wie politisch oberirdische von Kattowitz nach Gdingen. Wir erleben jetzt ein Wertrennen kranker Betriebe um Subventionen. Zugleich mit den giftigsten Angriffen gegen die öffentliche Hand. Aber wenn die oberirdische Eisenindustrie, wenn Kurp. Fleß, Mansfeld und Schichau in Not sind, wissen sie die Staatsregierung zu finden und reden keinen Ton mehr von öffentlicher Wirtschaft. Der Staat kann aber nicht bloß der Nachwächter der privatkapitalistischen Betriebe sein. Er braucht staatseigene Unternehmen, die als Kontrollorgane, um die Selbstkosten, die Sozialitäten und die Möglichkeiten der Preispolitik zu kontrollieren. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Großindustrie ist ja heute nur die Gefangene der Grobbanken. Hier hat sich ein Stück Vergeßlichkeit vorbereitet, aber leider mit dem schärfsten antizipationalen Vorzeichen. Unter dem Vorzeichen der Mittelstand zu vernichten. Schon vor Jahren habe ich an dieser Stelle betont, daß wir das deutsche Handwerk für einen wertvollen Bestandteil der deutschen Produktion halten, daß es für viele von uns die Heiligtum des Lebens gemein ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir können unsere manuelle Ausbildung im Handwerk um so höher, je mehr heute die Arbeit mechanisiert und entleert ist. Dieser unter Standpunkt ist so alt wie die Sozialdemokratie, und es beweist nur die Macht der Lüge, die Presse, wenn wir die bürgerliche Kritik drängen das Gegenteil glauben. Der Bauer, der die Scholle mit eigenem Schweiß pflügt und der Handwerker, dem wir sein Arbeitsgerät erhalten wollen, sind von kapitalistischer Ausbeutung und Wucher, ist dem deutschen Arbeiter weichen und jenseitig und sein natürlicher Verbündeter im Kampf gegen Kapital und Großgrundbesitz. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Das weiß jeder gelehrte Arbeiter. Genau so wie er weiß das schon Lysalle in seinem eigenen Anmarschreiben, der Geburtsurkunde der deutschen Arbeiterbewegung, dem demokratischen Sozialismus seine historische Mission vorgezeichnet hat: im Feudalstaat war der Grundherr alles, der arbeitende Mensch eine Sache wie Kuh und Ochse. Auch nach der Verkündung der Menschenrechte blieb in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Geld der Herrscher, der inoffizielle Mensch ein Hebel.

Erst der Sozialismus wird den arbeitenden Menschen aus dem Begriff der Sache erlösen und ihm das Recht, das Bewußtsein und die Möglichkeit der Persönlichkeit geben. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Weiterberatung Mittwoch.

Die Nazis arbeiten nicht, sondern laufen nur im Landtag

Die Nationalsozialisten sind seit Beginn der Statberatung aus dem Preussischen Landtag völlig verschwunden. Inzwischen geht es ihnen dabei zu hoch zu. Weder beim Etat der Landwirtschaft noch bei der Volkswohlfahrt noch bei irgend einem anderen Haushaltsplan haben sie sich bisher blicken lassen. Einmal hat sich der berüchtigte nationalsozialistische Abgeordnete Lohse-Mittona zur Domänenverwaltung zum Wort gemeldet. Aber als es ihm der Präsident erlaubte, lag er gerade betrunken im Landtagsrestaurant und konnte beim besten Willen den Weg bis zur Rednertribüne nicht mehr zurücklegen. Im Sitzungssaal des Preussischen Landtages hat seit Tagen niemand mehr einen Nazi gesehen. Die Nationalsozialisten haben im Lande mächtig gegen die Abgeordneten-Diäten gehetzt: sie haben insofern recht, als Abgeordnete, die so wenig arbeiten wie die Nationalsozialisten, selbst mit 100 Mark im Monat noch zu teuer bezahlt wären. Und wenn ihre Faulheit allgemein wäre, müßte man das ganze Parlament zum Teufel jagen. Aber glücklicherweise gibt es ja auch arbeitende Parlamentarier.

Schallende Ohreife für den Landbund

Ombudgen nimmt die Reichsregierung gegen die Landbundhege in Schutz

Der Reichslandbund, der sich in seiner Berliner Paradehalle am Zirkus Busch heftige Angriffe gegen die Reichsregierung leistete, richtete zugleich an den Reichspräsidenten als Ehrenmitglied seiner Organisation ein Begrüßungstelegramm, das dieser am Dienstag - wahrscheinlich zum Entsetzen der Landbundgrößen - wie folgt beantwortet hat:

„Haben Sie vielen Dank für die freundlichen Grüße von der Reichslandbundorganisation im Zirkus Busch, die ich herzlich erwidere. Die Reichsregierung wie ich selbst sind nach wie vor nach besten Kräften bemüht, jede Möglichkeit auszunutzen, um die Notlage der Landwirtschaft zu beheben. Wir rechnen dabei auf tatkräftige Mitarbeit und zielbewusste Selbsthilfe der Landwirtschaft und hoffen zureichend, durch eine solche Zusammenarbeit wieder bessere Zeiten für die deutsche Landwirtschaft zu erreichen.“

Der Reichspräsident stellt sich mit dieser Antwort vor die von dem Reichslandbund in geschäftiger Weise ausgesprochene Reichsregierung. Eine schallende

Die Nazimörder vor dem Untersuchungsrichter

Die verhafteten Urheber der letzten nächtlichen Schießerei in Berlin-Charlottenburg sind am Dienstag dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Es sind 5 Nationalsozialisten im Alter zwischen 30 und 18 Jahren. Von ihnen hat bisher nur der Dreißigjährige gekannt, in der Nacht zum Sonntag auf die Kommunisten geschossen zu haben.

Annahme der Wahlreformvorlage der britischen Arbeiterregierung

Das Unterhaus hat am Dienstag Abend die Wahlreformvorlage der Arbeiterregierung in zweiter Lesung mit 295 Stimmen der Arbeiterpartei und der Liberalen gegen 230 Stimmen der Konservativen angenommen. Im Verlauf der zweitägigen Debatte ergriff auch MacDonald das Wort.

Im Schatten des Ermordeten

Entlastende Sachverständigen Gutachten im Berliner Prozeß um die 16 jährige Mörderin

Es ist in dem Prozeß um die Ermordung des Uhrmachers Ulrich des öfteren die Rede von den Ohrfeigen, die Richard Stolpe...

geborenen Unfähigkeit zur Konzentration der Gedanken und Gefühle hat sie die Tat und ihre Folgen sicher nicht kritisch und auch nicht moralisch beurteilt...

Major a. D. Professor v. Barckwal



Der Stifter des ungarischen Luftschiffsystems, kann am 5. Februar seinen 70. Geburtstag feiern...

Der Witz des Fliegers von Zingtau

Eine Meldung der Postales aus Santiago in Chile enthält Einzelheiten über den Abgang des Zingtaufliegers...

Unterbringungen von 40 000 Mark eingedekt

Bei einer Unterbringung bei der Preussisch-Ober- und Provinzialbank in Berlin wurden in einem Schenkung...

„Jede verrät“ am Reichstag

Unbekannte Täter: Krupen in der Nacht zum Freitag in der Hofkapelle...

Abstürzter Expansionsversuch in Bayern

Der bayerische Arbeiter Josef Hertel aus Mühlheim an der Ruhr wurde wegen angeblicher Expansions...

Strolche in der Wärmehalle

In einer Wärmehalle in Berlin N. einem jetzt arbeitslosen Arbeiter...

Tod vor Freude

Bei der Taufenahme Jannas bei Hamburg erlag ein Knabenkind...

Tausends „harmonisches System“

Bernichtende Sachverständigen Gutachten im Münchener Goldschmelzenprozeß

Als erster wissenschaftlicher Sachverständiger im Münchener Prozeß sprach am Montag Professor Dr. Röntgen...

Bruchteile eines Milligramms

Es fragt sich nun, welche Mengen an Edelmetallen bei den vorgenannten Verfahren auf diese Weise isoliert werden...

Betrügerische Absicht!

In allen Fällen, in denen die Reguli die Größe eines Edelkopfes übersteigen, muß demnach das Gold auf eine Weise erhalten werden...

Ein amüßiger Regiefehler

Nach vernichtender für Tausend war das Gutachten des Professors Hönigschmied von der Technischen Hochschule...

Das Wichtigste im Verfahren Tausends besteht im wesentlichen darin, daß Blei in einer jedem Chemiker sinnlos erscheinenden Weise...

Zu dem verblüffenden Experiment Tausends im Münchener Prozeß erklärte der Sachverständige: Es ist ein amüßiger Regiefehler...

Lebend verbrannt

In Pflaßig (Opreußen) brannte eine Schmelze nicht des 88 Jahre alte Schmied Lüchowitz...

Die tote nicht die Tochter?

Im Irrenhaus Esquermes bei Lille, das in der letzten Zeit durch seine merkwürdigen Behandlungsmethoden viel von sich reden machte...

Raubüberfall

In Rathaus von Reichenberg in Sachsen wurde ein Raubüberfall verübt...

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Zeugungspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Gluckstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. 5 und Friedrichsheim-Str. 105, Matthiasstraße 100, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Zeugungspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt., monatlich 1,75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zil. Breslau

Anzeigenpreis: Je 20 Zeilen für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Verleihen, Bestellungen und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Gluckstraße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt!

Die Wirtschaftskrise vor dem Landtag

Handelsminister Schreiber gegen das Inflationsstreben der Nazis Die wahren Ursachen der Wirtschaftskrise — Nur der Sozialismus kann uns retten

Der Preussische Landtag setzte am Dienstag die zweite Beratung des Haushalts des Wirtschaftsministeriums mit der Einzelbesprechung fort.
Abg. Oberdörfer (Komm.) forderte Aufhebung der Versorgungsverordnung zur Wohnungszwangswirtschaft.
Die Abg. Küster (Dnat.) und Frau Neumann (Komm.) verlangten Erhöhung der Mittel für die Krebsbekämpfung. Die Frau Rednerin wies darauf hin, daß von der Krebskrankheit hauptsächlich Frauen befallen werden.
Die Behauptung des Abg. Ziemann (Dnat.), daß von den über 3 Milliarden Mark Hauszinssteuermitteln für den Wohnungsaufbau schon viel als verloren gelten müßte, wies Ministerdirektor Heger mit der Bemerkung zurück, daß aus dem öffentlichen Wohnungsfürsorgefonds bisher Ausfälle überhaupt nicht entstanden seien.
Abg. Schulz-Neudölla (Komm.) verlangte Erhöhung der Mittel zur Bekämpfung der Tuberkulose von 700.000 Mark auf 2 Millionen Mark.
Abg. Winger (Soz.) wies Vermittler des Abg. Leonhardt (Wirtschp.) gegen die Verwaltung der Stadt Breslau zurück. — Damit war die zweite Beratung des Haushalts geschlossen bis auf die Abstimmungen erledigt, die am Donnerstag stattfinden werden.

Es folgt die zweite Lesung der Haushalte der Handels- und Gewerbeverwaltung und der Porzellanmanufaktur.
Abg. Sobotta (Komm.) ergriffte den Ausschüßbericht hinsichtlich des Haushalts, der eine Anzahl von Anträgen zur Annahme empfahl, die sich unter anderem gegen das Zugabemessen, die Konkurrenz der öffentlichen Hand und die Kartellpolitik wenden. Außerdem wird die obligatorische Einführung der Berufsschule und die Verpflichtung der erwerbslosen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren zu einem zusätzlichen Unterricht von mindestens 12 Stunden in der Berufsschule verlangt.
Abg. Hanke-Liegnitz (Wirtschp.) berichtete über die Ausschüßberatungen zum Haushalt der Porzellanmanufaktur.

Handelsminister Dr. Schreiber
erklärte, daß der Haushaltsplan im Zeichen der Weltwirtschaftskrise stehe, deren Schwierigkeiten nicht nur rein wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur seien. Deshalb komme man nicht aus mit wirtschaftlichen Mitteln allein bei. Zu den Ursachen der Weltwirtschaftskrise gehöre vor allem die Entwicklung der Völker während des Krieges und nach dem Kriege. Viele Völker hätten sich im Kriege industriell aufgeschauert für Artikel, die sie vorher von anderen Ländern, vor allem von Deutschland, bezogen hätten. Verhängnisvoll werde die Krise durch die auch wirtschaftlich verhängnisvolle Verzögerung nach dem Kriege, die der Weltwirtschaft alles andere als förderlich sei. Alle Länder, die nach dem Kriege neu geschaffen wurden, seien demnach ihren Bedarf im eigenen Lande zu decken. Es sei selbstverständlich, daß Deutschland, das am internationalen Warenaustausch besonders interessiert sei, dabei erheblich berührt werde. Zu den Ursachen der Wirtschaftskrise gehöre aber auch die rasche Entwicklung der Technik, die die Erzeugung viel schneller voranschreibe als die Abnahmefähigkeit der Völker. Deutschland leide besonders an der künstlichen Verkappung des vorhin engen Weltmarktes durch die Reparationszahlungen. Seine Wirtschaftslage werde gekennzeichnet durch 17 Millionen Arbeitslose, durch Verdoppelung der Kurzarbeit gegenüber dem Verjahre und durch Verdoppelung der geschäftlichen Zusammenbrüche gegenüber dem Vorjahre. Heber die Möglichkeiten einer Arbeitsbeschaffung im großen Maßstab habe sich die Öffentlichkeit vielfach falschen Vorstellungen hin. Das müsse gelte von dem Projekt, durch die Schaffung geldwerter Güter die Wirtschaft zu beleben. Würde man den Geldumlauf vermehren, so würde man schließlich nicht im gleichen Umfang Erzeugung und Umsatz erhöhen, sondern nur die Schäden der Inflation ernst herausheben. Hinsichtlich des Problems der Beschäftigung von arbeitslosen Jugendlichen gehe die Regierung von Berufs- und Fachschullehrerarbeit dank für ihre unermüdete Mitarbeit. Beim Preisabbau könne die Regierung im wesentlichen nur rationalisieren und Hemmnisse beseitigen. Besonders dringlich sei eine Herabsetzung der Zinse bei den öffentlichen Betrieben. Gegen die Eingriffe in die Kreditbedingungen würden nur alle leicht von Seiten der Hauptbanken zurückgehen weil die Banken zu überwinden mit dem Gebe ihrer Einleger arbeiten. Die Zinsen könnten nur vermindert werden durch die Pflege des Vertrauens in die Bekanntheit der deutschen Verhältnisse. Das Revolutionsgedenke im Lande sei darum ein Verbrechen an der deutschen Wirtschaft. Die politischen Ereignisse des letzten Jahres hätten unsere Kreditbedingungen um 20 bis 25 Prozent verschlechtert. Deutschlands Lage sei jedoch nicht hoffnungslos, denn internationale und nationale Seifenhersteller würden sich bilden. Die Verantwortungsbewußten ohne Unterlass der politischen Richtung müßten sich zusammenfinden gegen die Schwarzfahrer und Abenteurer, die die Seele des Volkes vergiften.
Abg. Oberath (Soz.):
Der Tiefstand der deutschen Wirtschaft kann nur auf Überindustrialisierung der Welt,

Überindustrialisierung bei uns und zahlreiche Kapitalisierungen. Nicht marxistische Experimente oder sozialpolitische Überhebungen haben die Krise herbeigeführt. Diese Theorie des Herrn Eugen Berg, der die Hälfte der öffentlichen Meinung kommandiert, dient nur dem Generalangriff gegen die deutsche Sozialpolitik. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aber wenn wir nicht in ihr eine Rückversicherung gegen die Arbeitslosigkeit der 5 Millionen hätten, welche Überindustrialisierung des Gesellschaftslebens müßte die Folge sein: denn aus der Arbeit herausgeschüttelten Menschen bliebe nur die Wahl zwischen Verhungern und Verbrechen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der größte Nutznießer des Weltkrieges, die Vereinigten Staaten, das Land ohne Marxismus und ohne Sozialpolitik, der Bankier, der Warenverpacker, der größte Güterproduzent der Welt hat 7 Millionen Erwerbslose. England, der Nutznießer der Arbeit der halben Welt, 3 Millionen, Italien, das Vorbild der Nazis, das Nord-Mittelmeer, 3 Millionen Arbeitslose; aber der in Arbeit stehende Italiener hat nur 48 Prozent des deutschen Reallohnes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Ideal der Kommunisten, Rußland, hat nach 14jährigen Anstrengungen bohnenwässrige Suppen, trotz aller statistischen Fälschungen 2 Millionen Arbeitslose, Brot- und Fleischkarten und Schlange stehen (Lärm bei den Kommunisten.) Überdies sind die russischen Bolschewiki doch ganz andere Kerle als die deutschen Kommunisten. Die Bolschewiki, das waren die Männer aus Sibirien, aus der Peter-Pauls-Geitung, aus dem Exil, die aus Westeuropa ein großes intellektuelles Erbe mit heimgebracht hatten. Aber Sie, die deutschen Kommunisten, bei Ihnen langt es doch noch nicht bei einem einzigen auch nur für den kleinsten Konsumvereinsladen. (Stürmische Heiterkeit und großer Beifall.) Die deutschen Kommunisten sind Schatzkammer und Maulwurfsbauern, die im Grunde ihres Herzens froh sind, daß die schwere Last der deutschen Wirtschaft nicht auf ihren schmalen Schultern ruht. Und was haben selbst die russischen Bolschewiki geleistet? Der Panait Jucatis drei Bänden über Sowjet-Rußland verbliebenen Desjostojewski Memoiren aus dem Totenhause. In Europa wird weder Schlagwort noch Schlagring Regen. (Lebhafter Beifall.)
Wir sind mit den Maßnahmen der preussischen Regierung im wesentlichen einverstanden. Aber um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, müßte Deutschland einen internationalen Vorstoß auf allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit unternehmen. Wenn die Arbeitszeit zu ergiebig geworden ist, muß man die Menschen entlasten. Deutschland würde mit einem solchen Vorstoß an das internationale Arbeitsamt oder den Völkerbund große moralische Eroberungen machen. (Beifall.)
Die gegenwärtige Krise ist keine Lohnkrise. Die Zinsbelastung ist in der Selbstkostenrechnung ganz anders gestiegen als das Lohnkonto und die soziale Belastung. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mit Arbeitszeitverlängerungen und Stilllegungen ist dieser Wirtschaftsnote nicht beizukommen. Wenn man z. B. die Vereinigten Stahlwerke, mit teurem Auslandskapital rationalisiert und dabei unzählige Werte stilllegt, behält man die Kugel der Zinsslast am Bein, und das unvermeidliche Ergebnis ist dann, daß der deutsche Eisenpreis 20 Prozent höher ist als in dem längst nicht so rationalisierten England. Gewiß waren wir zur Rationalisierung gezwungen, um den Vorstoß der neutralen und der Siegerländer nachzuholen. Aber man hat vielfach die richtige Methode verfehlt und ist im Tempo vergriffen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Hätte die Regierung die Macht gehabt, den leitenden Industrienkonzernen den kurzfristigen Auslandskredit zu verweigern, hätte es heute um die deutsche Wirtschaft besser. Um so mehr haben

mir allen Grund, die Hoheit des demokratisch-republikanischen Staates über die Interessen habgieriger Unternehmer zu sichern. (Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) In der Kohlenwirtschaft hat die Regierung einen 12prozentigen Preisabbau mühelos durchgeführt. Hätten wir überall eine öffentliche Wirtschaft, wären überall Verbraucher und Produzenten zusammengeschaltet, wie bei Kohle und Kalk, könnte nicht so viel vom Preisabbau bloß auf dem Papier. (Sehr gut! bei den Soz.) Es ist wirklich nicht nötig, daß deutlich oberirdische Kohle von Beuthen nach Berlin doppelt so viel fracht kostet, wie polnische oberirdische von Katowitz nach Gdingen. Wir erleben jetzt ein Wettrennen kränker Betriebe um Subventionen. Zugleich mit den glühenden Angriffen gegen die öffentliche Hand. Aber wenn die oberirdische Eisenindustrie, wenn Fürst Pleh, Hansfeld und Schöck in Not sind, wollen sie die Staatsregierung zu finden und reden keinen Ton mehr von öffentlicher Wirtschaft. Der Staat kann aber nicht bloß der Nachwächter der privatkapitalistischen Betriebe sein. Er braucht haareisene Unternehmungen schon als Kontrolluhr, um die Selbstkosten, die Soziallasten und die Möglichkeiten der Preispolitik zu kontrollieren. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Großindustrie ist ja heute nur die Gefangene der Grobhandeln. Hier hat sich ein Stück Vergeistlichung vorbereitet, aber leider mit dem schärfsten antizipationalen Vorzeichen. Unter Ideal ist nie gewesen, den Mittelstand zu vernichten. Schon vor Jahren habe ich an dieser Stelle betont, daß wir das deutsche Handwerk für einen wertvollen Bestandteil der deutschen Produktion halten, daß es für viele von uns die Hochschule des Lebens gewesen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir können nicht manuelle Ausbildung im Handwerk um so höher, je mehr heute die Arbeiter mechanisiert und entmenscht ist. Dieser unser Standpunkt ist so alt wie die Sozialdemokratie, und es beweist uns die Macht der Massenpreise, wenn wir heute bürokratische Kreise drücken das Gegenteil glauben. Der Bauer, der die Scholle mit eigenem Schwitzgüß und der Handwerker, dem wir kein Arbeitsverbot erlassen wollen, sind von kapitalistischer Ausbeutung und Wucher, ist dem deutschen Arbeiter weitaus und jenseitiger und kein natürlicher Verbündeter im Kampf gegen Kapital und Großgrundbesitz. (Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) Das weiß jeder gekaufte Arbeiter. Genau so wie er weiß, daß ich ein Galilei in keinem offenen Unwörterbuch, der Geburtsurkunde der deutschen Arbeiterbewegung, dem demokratischen Sozialismus keine historische Mission vorgezeichnet hat: im Feindhaß war der Grundherr alles, der arbeitende Mensch eine Sache wie Kuh und Pils. Auch nach der Verfindung der Menschenrechte blieb in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Geld der Herrscher, der leitende Mensch ein Hebel.

Erst der Sozialismus wird den arbeitenden Menschen aus dem Begriff der Sache erlösen und ihm das Recht, das Bewußtsein und die Möglichkeit der Persönlichkeit geben. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)
Weiterberatung Mittwoch.

Die Nazis arbeiten nicht, sondern faulen nur im Landtag

Die Nationalsozialisten sind seit Beginn der Beratungen aus dem Preussischen Landtag völlig verschwunden. Aufmerksam geht es ihnen dabei zu sichtlich zu. Weder beim Erat der Landwirtschaft noch bei der Volkswirtschaft; noch bei irgend einem anderen Haushaltsbereich haben sie sich bisher blicken lassen. Einmal hat sich der berühmte nationalsozialistische Abgeordnete Lohse-Alrona zur Domänenverwaltung zum Wort gemeldet. Aber als es ihm der Präsident erlaubte, lag er gerade betrunken im Landtagsrestaurant und konnte beim besten Willen den Weg bis zur Rednertribüne nicht mehr zurücklegen. Im Sitzungssaal des Preussischen Landtages hat seit Tagen niemand mehr einen Nazi gesehen. Die Nationalsozialisten haben im Lande mächtig gegen die Abgeordneten-Präten gehetzt; sie haben insofern recht, als Abgeordnete, die so wenig arbeiten wie die Nationalsozialisten, selbst mit 100 Mark im Monat noch zu teuer bezahlt wären. Und wenn ihre Kaufkraft allgemein wäre, müßte man das ganze Parlament zum Teufel jagen. Aber glücklicherweise gibt es ja auch arbeitende Parlamentarier.

Schallende Ohreiseige für den Landbund

Hindenburg nimmt die Reichsregierung gegen die Landbundeshege in Schutz

Der Reichslandbund, der sich in seiner Berliner Paradede im Zirkus Suisch heftige Angriffe gegen die Reichsregierung leistete richtete zugleich an den Reichspräsidenten als Ehrenmitglied seiner Organisation ein Begütigungstelegramm. Das dieser am Dienstag — wahrscheinlich zum Entsetzen der Landbundesgrößen — wie folgt beantwortet hat:
„Haben Sie vielen Dank für die freundlichen Grüße von der Reichslandbundesversammlung im Zirkus Suisch, die ich herzlich erwidere. Die Reichsregierung wie ich selbst sind nach wie vor nach besten Kräften bemüht, jede Möglichkeit auszunutzen, um die Hege der Landwirtschaft zu beheben. Wir rechnen dabei auf tätige Mitarbeit und zielbewusste Selbsthilfe der Landwirte und hoffen zuversichtlich, durch eine solche Zusammenarbeit wieder bessere Zeiten für die deutsche Landwirtschaft zu erreichen.“
Der Reichspräsident stellt sich mit dieser Antwort vor die von dem Reichslandbund in gehäffiger Weise ausgesprochene Reichsregierung. Eine schallendere

Ohreiseige, dazu von ihrem Ehrenmitgliede, dürfte den Landbundesgrößen lange nicht von amtlicher Seite zuteil geworden sein.

Die Nazimörder vor dem Untersuchungsrichter

Die verhafteten Urheber der letzten nächtlichen Schießerei in Berlin-Charlottenburg sind am Dienstag dem Untersuchungsrichter vorgeführt worden. Es sind 5 Nationalsozialisten im Alter zwischen 30 und 18 Jahren. Von ihnen hat bisher nur der Dreißigjährige gestanden, in der Nacht zum Sonntag auf die Kommunisten geschossen 12 haben.

Annahme der Wahlreformvorlage der britischen Arbeiterregierung

Das Unterhaus hat am Dienstag abend die Wahlreformvorlage der Arbeiterregierung in zweiter Lesung mit 235 Stimmen der Arbeiterpartei und der Liberalen gegen 190 Stimmen der Konservativen angenommen. Im Verlauf der zweitägigen Debatte ergriff auch MacDonald das Wort.

Der Tiefstand der deutschen Wirtschaft kann nur auf Überindustrialisierung der Welt,

Die Sicherung der Reichstagsverhandlungen

Die geplanten Änderungen der Geschäftsordnung

Die Parteien des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten, der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen haben am Dienstagabend die Verhandlungen über die Änderung der Geschäftsordnung zum Abschluss gebracht. Die Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung und des Pressegesetzes werden sofort eingebracht und noch im Laufe dieser Woche auf Tagesordnung der Vollversammlung des Reichstages gesetzt. Der Antrag über die Änderung der Geschäftsordnung besteht aus sechs Teilen:

1. Durch einen neuen Paragraphen, 48a, wird bestimmt, dass Finanzvorlagen vom Präsidenten des Reichstages unmittelbar dem zuständigen Ausschuss des dem Haushaltsausschuss oder nur dem Haushaltsausschuss überwiefen werden, wenn nicht die Geschäftsordnung einer abweichenden Behandlung zustimmt. Ein Antrag der Mitglieder des Reichstages, der eine Finanzvorlage betrifft, hat, wenn er eine Einmündung enthält, nur dann Bestand, wenn er mit einem gleichzeitigen Antrag zur Deckung verbunden ist.
2. In § 54 wird a) der Absatz 2 durch folgende Bestimmung ersetzt: Ein Antrag, der feststellen will, ob der Reichstagspräsident die Befugnisse der Reichsregierung wahrnimmt, nach Artikel 54 der Reichsverfassung erforderlich ist, ist nur dann zulässig, wenn er in der Fassung eingebracht wird: „Antrag nach Artikel 54 der Reichsverfassung, dass der Reichstagspräsident (der Reichsregierung, der Reichsminister) das Vertrauen.“ An den folgenden Absatz 3 wird hinzugefügt: „Anträge nach Artikel 54 der Reichsverfassung sind nur in der Vollversammlung gestellt werden.“
3. § 55 heißt nun, dass Interpellationen unzulässig sind, durch deren Inhalt der Tatbestand einer strafbaren Handlung begründet wird oder parlamentarisch unzulässige Wendungen enthält.
- Die drei weiteren Änderungen sind nebensächlicher Art. Außerdem soll § 58 des Pressegesetzes folgenden Zusatz erhalten: „Wer nach gesetzlicher Vorschrift nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann, darf nicht verantwortlicher Redakteur einer öffentlich erscheinenden Druckchrift sein.“

Die erste Sitzung des Reichstags im neuen Jahr

Berlin, 3. Februar. (Eig. Bericht.)

Präsident Loh eröffnete die erste Sitzung des Reichstags im neuen Jahre mit einem von den Abgeordneten eingehenden Antrag für den verstorbenen Alterspräsidenten Herold (Ztr.) und die Abgeordneten Dr. David (Ztr.) und Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.).

Der Bericht des Reichshaushaltsausschusses über die Haushaltsrechnungen 1925 und 1926 wird ohne Auspruch angenommen. — Zum Bericht über die Reichshaushaltsrechnung 1929 begründete Abg. Reinhardt (Nat.Soz.) einen Antrag, der Reichsminister möge genaue Aufklärung darüber geben, wie die für die Stärkung des republikanischen Staatsbankrotts und für die Verfassungsfestigung ausgeworfenen Mittel verwendet wurden sind.

Die Nazis sind unfähig, die Verfassung einzuhalten

Die braunschweigische Regierung legt den Etat mit fünfwöchentlichem Besparungsprogramm vor, teils verschleierte Defizit

Der Haushaltsplan für das kommende Reichsjahr muß nach der braunschweigischen Verfassung bis zum 31. Dezember vorgelegt werden. Die Nazis haben dem Landtag den Haushaltsplan erst am 3. Februar, also mit fünfwöchentlichem Verspätung zugehen lassen. Der rechnerische Überschuss beträgt sich auf über 2,9 Millionen Mark. In Wirklichkeit ist der Überschuss aber noch höher, weil die Regierung den Überschuss des Jahres 1930 im außerordentlichen Haushaltsplan für 1931 verdeckt hat.

Die Landwirte des Westens gegen die des Ostens

Die Großgrünländer fordern eine zwingende Regelung der Schweinemast von 4 Millionen Schweinen aus dem deutschen Westen nach dem Osten. Die anscheinend große Geneigtheit der Zentralinstanzen der großgrünlichen Organisationen, dieses Verlangen zu unterstützen, hat jetzt den Widerspruch der westlichen Landbauorganisationen hervorgerufen.

Der Schleswig-Holsteinische Land- und Forstwirtschaftliche Landesverband, eine durchaus rechtserprobte Organisation, wendet sich in einer längeren Erklärung gegen den Osten, dessen Verlangen „auf das härteste abgelehnt werden muß.“ Dem Osten sei Genüge getan und die Verlegung der Schweinemast, ebenso wie die völlige Beilegung der Grenzschwierigkeiten, sei unverständlich. „Nieder mit Schiele!“

„Schiele wird, mahnt also der Westen: Schiele bleibe hart!“

Daß dieses Treuegelöbnis für Schiele nicht umsonst gegeben wurde, ist anzunehmen.

Rebenher ist ja auch klar, daß das ganze Verlangen der großgrünlichen Wirtschaftlichen Blöcke, die bäuerliche Wirtschaft des Ostens eignet sich zur Schweinemast weit besser als die großgrünliche des Westens.

Das Rowdium der Nazis im Sächsischen Landtag

In der Diensttagung des Sächsischen Landtages am 2. Februar hat der Nationalsozialist Kunz der Staatsminister Dr. Brücker mit 20 Stimmen der Sozialdemokraten und Staatspartei zum 2. Vizepräsidenten gewählt. Der Wirtschaftsparteiler Dr. Schiele mit 20 Stimmen der Rechtspartei. Die Kommunisten haben bei der Stichwahl, wie üblich, ihren Kandidaten, so daß die Stimmen ungenügend waren.

In weiteren Verlauf der Sitzung begründete Abg. Edel eine Anfrage wegen der fortgesetzten Verschwendung der Staatsminister in Sachsen. Edel brachte erscheinendes und erschütterndes Material vor. Der Minister des Innern, Richter, erwiderte, daß er auf die Angelegenheiten nicht eingehen könne, da die meisten Gegenstände einer gerichtlichen Untersuchung seien. Die Partei sei aber außerordentlich stolz durch politische Verurteilungen und Verurteilungen im Jahre in Sachsen 2726mal eingeworfen worden, und zwar in 421 Fällen bei Verurteilungen der Nationalsozialisten. Es handle sich hier nur um Fälle, in denen die Verwendung von Polizeikräften über den normalen Volkswirtschaft hinaus erfolgt sei.

Abg. Heinig (Soz.) erklärt, es handle sich nicht etwa um Geheimfonds, sondern um ordentlich Etatsmittel.

Der Antrag Reinhardt (Nat.Soz.) wird gegen die Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt, der Ausschussbericht genehmigt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Entschädigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittler.

Abg. Jäger-Gelle (Dnat.) begründet dazu eine Interpellation seiner Fraktion.

Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald weist darauf hin, daß mit dem vorliegenden Entwurf der § 55 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung verwirklicht werden soll, der bestimmt, daß die gewerkschaftlichen Stellenvermittler vom 1. Januar 1931 ab verboten ist und daß den Stellenvermittlern die seit dem 2. Juni 1910 das Gewerbe ausgeübt haben, eine angemessene Entschädigung gewährt wird. Die gewerkschaftlichen Stellenvermittler für Artisten, Bühnengehörige, Chor-, Tanzpersonal und Musiker, bei denen diese Voraussetzung zutrifft, werden für die Aufhebung ihres Gewerbes bar entschädigt. Die Konzertagenten dürfen ihren Betrieb zunächst fortführen. Die übrigen Stellenvermittler, die ihr Gewerbe mindestens seit dem 2. Juni 1910 ausüben, erhalten keine Entschädigung. An deren Stelle tritt die Erlaubnis, ihren Betrieb bis zum 30. Juni 1933 fortzuführen.

Abg. Schröder-Merzbach (Komm.) bezeichnet die Vorlage als unzureichend.

Die Vorlage geht dann an den Sozialpolitischen Ausschuss.

Die von den nationalsozialistischen Abgg. Rasche und Dr. Goebels gegen Ordnungsmäßigkeiten in einer früheren Sitzung erhobenen Einsprüche werden gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten zurückgewiesen.

Das Gesetz über die Erstattung von Kriegswohlfahrtsausgaben an die Länder und Gemeinden wird nach kurzer Aussprache unter Ablehnung von Änderungsanträgen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Die Nationalsozialisten lehnen für jeden ihrer Änderungsanträge die namentliche Abstimmung durch, die zur Ablehnung der Anträge mit 340 gegen 169 und 234 gegen 224 Stimmen führte.

Um 5 1/2 Uhr vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Der Eintritt in die Tagesordnung beantragte der kommunistische Abgeordnete Kahlmann die sofortige Beratung eines Antrages auf Aufhebung des Verbots des Rotfrontkämpfers-Bundes und Rückgängigmachung aller Demonstrationsverbote. Der Kommunist brachte es fertig, den preussischen Innenminister Severing und den Berliner Polizeipräsidenten Geisler für die schärfsten Vorwürfe an Arbeitern verantwortlich zu machen. Er konnte natürlich auch wissen, daß die Demonstrationsverbote gerade zu dem Ziele erlassen sind, um Zusammenkünfte politischer Fanatiker zu verhindern. Die sofortige Behandlung des Antrages wurde durch Widerspruch aus dem Hause verhindert. Der Einspruch des Reichsrats gegen die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über den Ladenschluss am 24. Dezember wurde dem Volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

Die Nazis lehnen Seipenster

Die Nationalsozialisten haben im Sächsischen Landtag eine Anfrage eingebracht, nach der sie „von absolut zuverlässiger Seite“ erfahren haben wollen, daß der Reichstagspräsident die Schaffung eines Direktoriums plant und zu diesem Zweck u. a. auch an die sächsische Regierung herangerufen sei. Sächsien soll sich nach der Information der Nazis bereit erklärt haben, in das Direktorium einzutreten.

Die sächsische Regierung läßt hierzu durch die Presse erklären, daß die Reichsregierung niemals wegen der ihr unterstellten Pläne an sie herangerufen sei. Die sächsischen Nazis sind also wieder einmal, wie so oft, einem Schwindler auf den Leim gegangen.

Nichtige Kennzeichnung Fridts durch die Volkspartei

In der Deutschen Volkspartei scheint man allmählich etwas deutlicher von den Nationalsozialisten abzurücken zu wollen. So erklärte auf ihrem turkeisernen Parteitag der Kommunal-Landtagsabgeordnete Dr. Bede:

„Wenn ich Sie im Sinne des hüringischen Staatsministers Dr. Frid willkommen heißen wollte, müßte ich sagen: Willkommen ihr organisierten Untermenschen, ihr professionellen Landesverräter und ihr organisierten Volksverräter! Diese Worte hat Dr. Frid anfangs in einer Kaffeehaus-Versammlung gebraucht und damit auch gemeint, die wir seit Jahren unsere Kraft dafür eingesetzt haben, Deutschland vor den bewaffneten Auseinandersetzungen des Bürgerkrieges zu bewahren. Ich würde mich selbst verabschieden, wenn ich irgend ein ernstes Wort gegen diese Ausgeburt eines überhöhten Schismus sage, wenn ich die Deutsche Volkspartei gegen Herrn Frid verteidigen wollte.“

Der Kampf um die Wahlreform in England

Im Unterhaus wurde am Montag nachmittags die Debatte über die Wahlreform mit einer Rede des Innenministers Clynnes eröffnet.

Die Reform des englischen Wahlsystems ist eine Kompromißgabe der Labour Party an die Liberalen. Die Arbeiterpartei kann sie um so leichter machen, als diese Wahlrechtsänderung in vielen Punkten auch dem Wunsch der Labour Party entspricht. So sollen u. a. die Sonderrechte der Universitäten aufgehoben werden, ebenso wie die Pluralstimmen, die zum allergrößten Teil den Konservativen zugute gekommen sind. Die von den einzelnen Parteien für Wahlpropaganda ausgedachten Geldsummen werden erheblich beschränkt. Eingekürzt wird ferner die Zahl der am Wahltag in Schleppschiffen zu vernehmenden Kandidaten. Auch die Bestimmungen für die Liberalen ist jedoch das in der Regierungsvorlage enthaltene Alternativesystem. Was es bedeutet, ergeben nachfolgende Zahlen. 1929 wurden abgegeben für die Konservativen 865 000 Stimmen, für die Labour Party 830 000 Stimmen, für die Liberalen 330 000 Stimmen. Die Unterhauswahl verteilte sich jedoch auf 256 Konservative, 288 Arbeiter und 50 liberale Abgeordnete. Es gibt keine Stichwahl in England. Erst im derjenige Kandidat gewählt, der in jedem

Wahlkreis die höchste Stimmenzahl erreicht hat. Ein ungerechtes Wahlsystem, das jedoch für England den großen Vorteil hatte, daß es immer nur zwei Parteien gab und immer eine Regierung mit einer sicheren Mehrheit. Mit dem Erlernen der Arbeiterpartei änderte sich dieses Bild. Aus zwei Parteien sind drei geworden. Das heutige Wahlsystem verlangt aber 3, 4, 50 000 Stimmen für je einen liberalen Abgeordneten, während ein Arbeiterabgeordneter nur 20 000 Wähler hinter sich zu haben braucht. Sowohl die Konservativen wie die Arbeiterpartei denken jedoch nicht daran, sich auf ein Verhältniswahlsystem einzulassen, was dem praktischen Sinn der Engländer zuwider ist und lediglich dazu dienen würde, die parlamentarischen Verhältnisse auf deutsche oder französische Basis zu bringen, wo in Wahrheit die Splitterparteien dominieren und den politischen Willen der Mehrheit des Volkes vertreten. England und die Arbeiterpartei sind auf das Zweiparteien-System eingeschworen und eine dritte Partei müßte ihnen bereits Sand in den Rädern der Parlamentsmaschine. Das Schicksal der Arbeiterregierung hängt jedoch von dieser dritten Partei ab, die Alternativenwahl ist die an sie zu zahlende Kompromißgabe.

In Zukunft soll jeder Wähler das Recht haben, zwei beliebige Kandidaten auf dem Stimmzettel anzugeben. Ist der erste Kandidat nicht gewählt, dann geht die Stimme auf den zweiten angeführten Kandidaten über. Die Folge ist, daß die Arbeiterwähler in den meisten Fällen im Notfall die liberalen Kandidaten bezeichnen als den Konservativen die zweite Stimme zu geben und die konservativen Wähler eher den bürgerlichen Kandidaten als einen Arbeiterwähler bevorzugen. In jedem Falle wird das Alternativesystem in der Hauptsache den Liberalen zugute kommen.

Es ist selbstverständlich, daß die Konservativen dieser Reform jeden Widerstand entgegensehen, was in der Montag-Sitzung der konservative Redner Sir Samuel Hoare in scharfen Worten zum Ausdruck brachte. Die Labour Party ist dafür, ebenso sind es die Abgeordneten der Unabhängigen Arbeiterpartei. Für die Liberalen setzte sich Herbert Samuel sehr warm für die Reform ein, die, wenn sie durchgeführt werde, ein großes Unrecht an der liberalen Partei beseitigen werde.

Innenminister Clynnes Begründung gipfelte in den Worten, daß die Regierung an ein Proportionalwahlsystem nicht denke, um den Standal der Splitterparteien von England fernzuhalten.

Die britische Arbeiterregierung bleibt

In der Dienstagtagung der Fraktion der Labour Party erklärte MacDonald: „Die Regierung werde nicht eher zurücktreten, als bis sie durch einen offenen Mißtrauensantrag dazu gezwungen sei. Die Wilsch der Arbeiterpartei sei es, statt England in einen neuen Wahlkampf zu ziehen, das wirtschaftliche Leben des Landes zu verbessern und die Arbeitslosigkeit zu verringern.“

Indische Gewerkschaften über Indien

London, 2. Februar (Eigener Drahtbericht.)

An der Londoner Indien-Konferenz nahmen N. M. Joshi und Shina Rao als Vertreter der indischen Gewerkschaften teil. Beide haben London jetzt verlassen, um nach Bombay zurückzukehren. Vor ihrer Abreise übermittelte Joshi dem Vertreter des „Soz. Pressedienst“ in London nachfolgende Erklärungen:

„Die indischen Gewerkschaften müßten zurzeit rund 300 000 Mitglieder, meist Textil- und Eisenbahnarbeiter. Unsere Bewegung muß jedoch zusehends und geistig beginnen und unsere Ideen rasch ausbreiten. Die indischen Fabrikarbeiter und unsere Gewerkschaften verlangen im augenblicklichen Stadium des indischen Kampfes in erster Linie das Wahlrecht für die kommenden konstitutionellen Staatsinstitutionen, wodurch wir die fundamentalen Arbeitsrechte, den Arbeitsschutz, den Achtundentag und jene soziale Fürsorge erzwingen wollen, wie sie die europäischen Arbeiter genießen.“

Was heute in Indien in Ereignissen in politischen und religiösen Kämpfen in Erscheinung tritt, ist nur die äußere Auswirkung der großen sozialen Bewegung, die das ganze Land durchzieht. Wir stehen in der bürgerlichen Revolution, die bis zur Vollendung vielleicht fünfzig Jahre braucht. Die Massen der Arbeiter und Bauern sind noch kumpel, unerschrocken und sind sich ihrer Klassenlage nicht bewußt. Die Führung im heutigen Kampfe hat das entwickelte Bürgertum, haben vor allem die Intellektuellen und die Studenten. Sie ziehen von Dorf zu Dorf, erwecken alle fanatischen Gefühle und die Massen folgen ihnen begeistert und blind. Es gibt kein Bewußtsein, das diese bürgerlichen Agitatoren den Armen und Hungernden, den Bedrückten und Leidenden, den Arbeitern wie den Bauern nicht gewährt. Die Massen glauben jedes Wort und folgen. Sie folgen vor allem Gandhi, ein vollkommen eigenwilliger und jedem Materialismus abhold Mann, der die höchste Verehrung in ganz Indien genießt. „Zurück zum Dorf, zurück zur Natur, zur Einfachheit und zu den reinen Sitten der Religion“, das ist seine Lehre und danach lebt er.“

Die armen Bauern und die Arbeiter werden aber von dem Bürgertum wenig zu erwarten haben. Das zeigte sich auch bei den Verhandlungen der Londoner Konferenz, wo die indischen Delegierten über alle Forderungen von uns und unsere Anträge hinweggegangen sind und den Gewerkschaftsvertretern nicht das geringste Entgegenkommen bewiesen haben. Wir haben taube Ohren gepredigt. Das indische Bürgertum führt heute keinen Kampf gegen die indischen Prinzen und gegen England. Die arbeitenden Massen in Indien und die Bauern werden von einer Ausbeutung in die andere kommen.“

Auch die religiösen Kämpfe in Indien, der Streit zwischen Hindu und Moslem sind nur Formen des Klassenkampfes. Es geht darum, wer in den gemischt-religiösen Gebieten die Macht, die Beamtenstellen, die Ämter und damit die Einkünfte haben soll. Selbst die Frage der völlig entrechteten Klasse, der Unberührbaren, ist nur vom Klassenstandpunkt aus zu verstehen. Heute erklären die bürgerlichen Agitatoren den Unberührbaren, daß auch sie befreit werden durch eine Änderung der religiösen Rechte. Die Unberührbaren dürfen mit den sogenannten Keinen Indern nicht einmal Wasser aus dem gleichen Brunnen schöpfen, aber heute erklären die Intellektuellen, das Vorhandensein einer unberührbaren Klasse habe mit dem Prinzip der Religion nichts zu tun, es sei nur die von den einseitigen religiösen Einwandern übernommene Religionspraxis, die geändert werden müsse. Wir werden euch allmählich erziehen und befreien lassen.“ Wenn einmal die Massen des Volkes erogen und wirklich aufgestanden sind, wenn Moslem und Hindu erkannt haben, daß sie beide nur von den Besitzenden ausgebeutet werden und beide die gleiche Not leiden, dann sind auch die religiösen Kämpfe und Wirren vorbei.

Wenn es heute überhaupt in Indien noch Vertrauen zu England gibt, so ist es die Hoffnung auf die englische Arbeiterregierung. Gewährt England bald das Selbstbestimmungsrecht, so werden zwar die Unruhen noch einige Zeit fortwähren, aber dann wird Ruhe sein. Die politische Macht in Indien wird für die nächste Zukunft den gebildeten Klassen und dem Bürgertum gehören. Dann aber wird sich die Klassenlage herausbilden und die Massen der Arbeiter und Bauern werden den Kampf gegen die Agitatoren und Landlords aufnehmen haben. Schon heute greifen die sozialen Ideen rasch um sich. Die soziale Bewegung in Indien sozialistisch oder kommunistisch sein wird, hängt von den Bedingungen ab. Wenn das indische Bürgertum schnell handelt und sich seiner Willigen gegen die arbeitenden Massen bewußt wird, dann werden wir eine sozialistische Bewegung haben. Wenn nicht, muß mit der Arbeiterbewegung der sozialen Bewegung gerechnet werden.“

Die Not der Vereinigten Theater

Darf das Schauspiel gegenüber der Oper benachteiligt werden?

Wir bringen nachfolgend ein Schreiben der Breslauer Volksbühne an alle Breslauer Stadtverordneten und Stadträte zum Abdruck, in dem in ausführlicher Weise auf die Not auch der städtischen Schauspielbühnen hingewiesen wird. Die klaren Ausführungen und die daraus resultierenden Forderungen unterstützen wir und kommen auf diese Fragen, bevor sie Behandlung in den städtischen Körperschaften finden werden, noch ausführlich zurück. Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird sich jedenfalls hinter diese Forderungen stellen und alles tun, damit das Schauspiel, das weit größere Kreise interessiert als die Oper, in der gleichen Weise wie bisher fortgeführt werden kann. Ehe nicht das Schauspiel hier in Breslau genügend subventioniert ist, kann nicht an eine Hilfe für die Oper gedacht werden. Der Sozialdemokratischen Fraktion ist die Angelegenheit des Schauspiels die primäre Theaterfrage hier in Breslau. Wir geben nunmehr der Volksbühne das Wort.

I. Der Etat der Vereinigten Theater

Die Gesamtausgabe der Vereinigten Theater beträgt für das laufende Spieljahr 736 733 Rmf. (136 770 Rmf. als Unkosten der zu mietenden Häuser abgezogen, da sonst mit den Etats anderer Theater kein gerechter Vergleich möglich).

Unter Schauspielbetrieb ist besonders billig:

- a) mit 1 1/2 Personal werden zwei Theater bespielt. Jedes Schauspiel benötigt für Klavier usw. ein großes Personal. Von diesem Personal ist häufig ein großer Teil unbeschäftigt, wenn nur ein Theater betrieben wird. Die Führung von zwei Theatern, die im Spielplan aufeinander eingeteilt sind, mit 1 1/2 Personal ist daher besonders rentabel.
- b) Der Ausstattungs-Etat der Vereinigten Theater ist niedrig. Sehr wirkungsvolle Bühnenwirkungen — von der Kritik immer wieder gelobt — werden mit bescheidensten Mitteln erreicht. Besondere Ausstattungseffekte verbieten schon die unvollkommenen Bühnenverhältnisse.

II.

Subventionen der Vereinigten Theater

1. Für die laufende Spielzeit ist den Vereinigten Theatern zum ersten Male eine Subvention in Höhe von 175 000 Rmf. bewilligt. Von dieser Summe gehen ab: 136 770 Rmf. für die Häuser. Verbleiben für den künstlerischen Betrieb: 38 230 Rmf., d. h. noch nicht 10 Pfg. für jede verkaufte Theaterkarte (415 000 in der Spielzeit 29/30).

2. Die gesamte Breslauer Theater-Subvention beträgt — die Mietkosten wiederum abgezogen, um Vergleiche zu ermöglichen — zirka 1 Rmf. pro Kopf der Bevölkerung. In keinem Rundfunkvertrag über Theaterprobleme in Breslau wurde der Theaterbezugsersatz kürzlich Subventionszahlen anderer deutscher Städte: 7,38 Rmf. Mannheim, 4,41 Rmf. Frankfurt a. M., 4,32 Rmf. Köln, 3,47 Rmf. Kiel, 2,62 Rmf. Leipzig. Breslau zählt von allen deutschen Großstädten (ausgenommen die wenigen durch „Staats-Theater“ begünstigten) die niedrigste Theater-Subvention.

3. Ohne Subvention kann bei den selbstverwaltenden sozialen Verpflegungsanstalten unserer Zeit gegenüber dem Personal ein Schauspielbetrieb mit künstlerischem Niveau und Erfüllung kultureller Aufgaben nur existieren in einer Stadt mit großem Fremdenverkehr und Theatergebäuden, die modernen Ansprüchen genügen. Breslau hat geringen Fremdenverkehr; Lobe- und vor allem Thalia-Theater haben in ihrer Armut in deutschen Groß- und Mittelstädten nicht ihresgleichen.

III.

Einnahmen der Vereinigten Theater

In der Spielzeit 29/30 wurden eingenommen:

1. durch den freien Kassenerwerb	265 975,— Rmf.
2. von der Volksbühne	311 252,— Rmf.
3. vom Bühnenvolksbund	49 476,— Rmf.
zusammen	626 703,— Rmf.

Die organisierten Theaterbesucher sind eine Sicherung für das Theater in der Ueberzahl der Wochen, für die keine „Reißer“ gefunden werden, ihre Leistungen werden von den nichtorganisierten weit überholt bei den Jugendlichen.

Einnahmen in der Spielzeit 29/30

Gattung	Kassenerwerb Rmf.	Volksbühne Rmf.	Bühnenvolksbund Rmf.
Staatstheater:			
„Hiel Kärm um nichts“	3 222,05	9 374,75	222,75
Häbel:			
„Judit“	3 245,10	6 366,20	3 676,—
„Scham“			57,—
„Heilige Johanna“	5 627,70	9 984,45	394,70
Schiff:			
„Die andere Seite“	6 679,50	11 560,10	3 475,25
Schiller:			
„Kallipolis“	8 019,55	11 807,55	4 151,30
Carinth:			
„Trojaner“	10 105,45	10 569,25	3 509,60
„Rach-Weill“			769,55
„Die Dreigroschenoper“	16 823,60	12 708,55	799,55
Carpentier:			
„Vater sein dagegen sehr“	30 664,30	20 493,—	1 352,55
Kasseneinnahme von „Hiel Kärm um nichts“	3 222,05 Rmf.		
„... Vater sein“	30 664,30 Rmf.		

Daraus folgt:

- 1. Will man ein Kulturtheater, so braucht man die starke Besucher-Organisation!
- 2. Die Besucher-Organisation kann nicht immer ihr Kulturprogramm verfolgen, sondern muß im Spielplan auf die Kasseneinnahmen Rücksicht nehmen. Die Volksbühne tut das und tut das in weitestmöglichem Grade. Sie hat selbst zu „Vater sein dagegen sehr“ ihre Zustimmung gegeben, zu dieser Vorstellung sogar eine doppelte Reihe von Mitgliedern geführt. Aus dieser Einstellung heraus hat sie in der laufenden Spielzeit den Aufführungen von „Hiel Kärm um nichts“, „Mrs. Chereas Ende“, „Louto F.“, „Kopy“ und „Die spanische Flöte“ zugestimmt.
- 3. In der Spielzeit 29/30 hat „Vater sein dagegen sehr“ von 8 Spielwochen im Lobe- und Thalia-Theater nur zirka 4 beansprucht. Nur 5 derartige Jugendliche

unter den zirka 40 aufzuführenden Werken in einer Spielzeit entheben die Vereinigten Theater aller Sorgen.

Die Einnahmen aus freiem Kassenerwerb sind in diesem Jahre sehr zurückgegangen, was bei der Wirtschaftslage Breslaus niemand verwundern kann. (In diesem Jahre machen zum ersten Male auch die Kinos überall außerordentlich schlechte Geschäfte. Im „Filmstar“ vom 17. Januar heißt es: „Dreitausend Kinos geht es schlecht und schlechter. Es spielten sich herzerregende Szenen in den letzten Wochen ab“). Außerdem fehlen in dieser Spielzeit noch die ersehnten Zugstücke.

IV.

Schädigung des Kassenerwerbs durch die Volksbühne?

1. Die Volksbühne hat einzelne Mitglieder, die besser gestellt sind. Diese könnten für den Theaterbesuch mehr bezahlen, im Einzelfalle wohl auch die Kassenerlöse. (Unbeachtet bleibe in dieser Betrachtung die Bedeutung solcher Verbände zu werden bestrebt ist. Immer wieder machen wir aber die Erfahrung: entfällt der gelinde Zwang der Organisation zum regelmäßigen Theaterbesuch vom September bis Ende Juni, so geht der nichtorganisierte im Laufe des Winters entweder garnicht oder höchstens zwei bis dreimal ins Theater. Die Einnahme des Theaters ist dann nicht höher als bei keiner Volksbühnenmitgliedschaft).

Die bei der Volksbühne durchgeführte strenge Verlosung der Plätze sorgt dafür, daß nicht viele Bessergestellte der Volksbühne angehören.

Die Volksbühne verschafft dem Theater andererseits Einnahmen von Tausenden neuer Theaterbesucher, die vordem überhaupt nicht ins Theater gingen oder höchstens gelegentlich auf die Galerie. Allein aus Angestelltenkreisen verzeichnet die Volksbühne in dieser Spielzeit fast 12 000 Anmeldungen.

2. Bei jedem Zugstück erscheinen viele Tausende von nichtorganisierten Theaterbesuchern (wesentlich mit durch die mündliche Propaganda der organisierten gewonnen!). Für deren Unkut an Klaffern und erudieren modernen Stücken sind die organi-

Wetten über Breslau

Konkurs der Firma Schwarz

In Sachen der offenen Handelsgesellschaft Otto Schwarz, Eisenhandlung in Breslau und ihrer persönlich haftenden Gesellschafter Konrad E. Gothard Schwarz und Kaufmann Hellmut Schwarz sind die Vergleichsverhandlungen gescheitert. Das Verfahren ist eingeleitet. Ueber das Vermögen der Genannten ist das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Justizrat Dr. Korpul in Breslau, Schweidnitzer Straße 16/18.

Die Einleitung des Konkursverfahrens gegen diese in Breslau recht bekannte Firma kommt für den Kenner der Breslauer Handelswelt nicht überraschend. Bereits seit längerer Zeit wurde auf den verschiedensten Wegen nach einem annehmbaren Vergleich gesucht. Die Verhandlungen aber mußten an den vorhandenen relativ geringen Sicherheiten scheitern, zumal die Aktiven, gemessen an den Forderungen, recht gering waren und zum größten Teil im Warenlager bestanden, das wohl noch einen recht hohen Wert hatte, aber nicht ohne weiteres realisierbar ist, so daß die liquiden Mittel recht beschränkt waren. Kommt noch hinzu, daß nicht unbedeutende Eisenhandlungskonzerne mit den hinter ihnen stehenden Banken hierbei mit ihre Interessen auspielten, so mußte man auch diesen Zusammenbruch, der im einzelnen wohl zu bedauern ist, aber in der Linie der allgemeinen heutigen Wirtschaftskrise liegt, voraussehen. Schwer getroffen werden auch durch diesen Konkurs die dort Beschäftigten sind doch immerhin gegen 100 Arbeiter und Angestellte in diesen Betrieben tätig.

Trautner stellt seine Zahlungen ein

Die seit fast 70 Jahren bestehende Firma Geisw. Trautner Kassa, die seit etwa hundert Jahren in der Form einer Aktiengesellschaft geführt wird und zurzeit etwa 200 Arbeitnehmer beschäftigt, hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Unternehmen wird jedoch in der bisherigen Weise fortgeführt. Es wird ein Arrangement mit den Gläubigern angestrebt. Die Aufstellung eines Status ist in Vorbereitung.

Zwei Mädchen verschwinden

13-jährige Schülerin und ihre 11-jährige Freundin von einem Einkauf nicht mehr nach Hause zurückgeführt

Gestern Abend sind die 13-jährige Tochter Elisabeth des Kontrollieurs Frenzel, Sedanstraße 33 und deren 11 Jahre alte Freundin Eva Gerke, die Tochter des Maschinenarbeiters Gerke aus der Sedanstraße 32 verschwunden und bis heute nicht aufgefunden worden.

Die 13-jährige Schülerin Frenzel hatte gegen 18 Uhr in der Wohnung der Eltern den Auftrag erhalten, einige Lebensmittel einkaufen zu gehen. Sie erhielt zu diesem Zwecke von ihrer Mutter 50 Pfennige. Von diesem Einkauf ist sie nicht mehr nach Hause zurückgeführt. Da gleichzeitig auch die 11 Jahre alte Schülerin Gerke verschwunden ist, die mit der Frenzel befreundet war, ist anzunehmen, daß sich die Kleine ihrer Freundin auf dem Einkaufsweg angeschlossen hat.

Die Eltern haben nach vergeblichen Bemühungen noch in den Abendstunden die Polizei verständigt, doch konnte auch auf diesem Wege bisher nichts von den Mädchen ermittelt werden. Festgestellt wurde bisher lediglich, daß die beiden Mädchen nach 19 Uhr auf der Straße gesehen worden sind. Da das Mädchen zu dem Einkauf nicht in ein bestimmtes Geschäft geschickt worden ist, ergibt sich zunächst auch die Notwendigkeit, in den verschiedensten Geschäften in der Nachbarschaft Nachfrage zu halten, ob das Kind die Lebensmittel überhaupt gekauft hat, die es holen sollte.

Von den verschwindenden Mädchen konnte die Polizei bisher folgende Personalbeschreibung zusammenstellen: Die Elisabeth Frenzel ist 13½ Jahre alt, 1,45 Meter groß, hat schwarzes Haar (Nr. 097) und trug gelbes Tuchmännchen, rotes Lederkleid, helles Kleid, schwarze Strümpfe und ebensolche Schuhe. Sie war ohne Kopfbedeckung.

Die Eva Gerke ist 11 Jahre alt, 1,50 Meter groß, hat braunes Haar (Nr. 098) und trägt ein weißes Kleid, weißes

kleiden ebensowenig verantwortlich zu machen wie für die unzureichende Produktion von Zugstücken.

Volksbühnen-Preise

1. Die Breslauer Volksbühnenpreise sind verhältnismäßig hoch (und mühten — bei den hier gezahlten Löhnen und Gehältern und den fast abschreckenden Häusern — besonders niedrig sein!).

Für das Schauspiel-Billet bezahlt die Volksbühne in Altona 1,30, Bochum (einschließlich Programm!) 1,30, Chemnitz 1,—, Eibersfeld-Barmen 1,—, Eilen (einschließlich Programm!) 1,—, Frankfurt a. M. (einschließlich Programm!) 1,40, Hannover (einschließlich Programm!) 1,35, Königsberg 1,30, Stuttgart (einschließlich Programm!) 1,39, Weimar 1,34, Breslau 1,35 Rmf. ohne Programm.

Für das Opern-Billet zahlt die Volksbühne in Bochum (einschließlich Programm!) 2,—, Braunschweig (einschließlich Programm!) 1,75, Chemnitz 1,75, Eibersfeld 1,80, Eilen (einschließlich Programm!) 1,80, Frankfurt a. M. (einschließlich Programm!) 2,—, Karlsruhe (einschließlich Programm!) 1,90, Breslau 2,— Rmf. (Dafür nur je Mitglied 2 Vorstellungen in der Spielzeit), in der ergänzenden Operngemeinde 2,75 Rmf.!

2. 1,35 Rmf. zahlt die Breslauer Volksbühne in der Stammgemeinde (21 726 Mitglieder) für Lobe- und Thalia-Theater, abgleich die Kassenerlöse im Thalia-Theater weit niedriger sind als im Lobe-Theater.

Im Thalia-Theater erbrachten — nach Beendigung der Direktion Stöckel — von der Stammgemeinde und dem Bühnenvolksbund unbestehende Wochenkassenerlöse niedrige Einnahmen. Für diese Wochen wurde die „Thalia-Theater-Gemeinde“ mit 95 Pfg. Einheitspreis gegründet, die Vorzüge zur Stammgemeinde kein soll. Trotz aller Werbung umfaßt die Thalia-Theater-Gemeinde nur 3600 Mitglieder, weil selbst proletarische Kreise nicht nur das Thalia-Theater besuchen wollen.

VI.

Erhöhung des Volksbühnen-Preises für Schauspiel?

1. Von 30 000 Anmeldungen zu den verschiedenen Theater-Gemeinden, bei denen Berufsangaben zu erreichen waren, stammen allein 20 000 aus Kreisen der Angestellten, Arbeiter, unteren und mittleren Beamten, Lehrlingen und Schülern.

Gegenüber dem Vorjahre haben wesentlich zugenommen nur die Berufsgruppen: ungelernete und gelernte Arbeiter, untere Beamte und Lehrlinge, abgenommen einzig die Berufsgruppe der selbständigen Kaufleute.

schwarze Mädfappe, blau-graumelierten Mantel dunkelblaues Kleid, schwarze Strümpfe und helle Socken und schwarze Spangenschuhe. Sie trägt außerdem einen hübschen Ring mit rotem Stein und einen Apaccaring mit grünem Stein.

Wer über die Verhaftungen irgend welche Angaben zu machen vermag, möge diese umgehend der Kriminalpolizei zur Kenntnis geben.

Ob irgend ein Verbrechen mit dem Verschwinden zusammenhängt, läßt sich zunächst noch nicht behaupten. Die Kriminalpolizei hat vorläufig keinerlei Anhaltspunkte, die dafür sprechen würden. Trotzdem sind alle Maßnahmen eingeleitet worden, um Klarheit zu schaffen, ob es sich bei dem Verschwinden um ein Raubverbrechen handelt, oder ob irgend ein Verbrechen mit dem Verschwinden in Zusammenhang gebracht werden kann.

Ueberfall auf der Zweifelnigbrücke

Raub- und Bergewaltungsverbrechen

Auf der sogenannten Zweifelnigbrücke, die über die Ohle führt, wurde gestern früh um 4,9 Uhr eine 33 Jahre alte Ehefrau aus Jedlitz, die nach der Döner Straße gehen wollte, von einem etwa 18—20 Jahre alten Burischen angefallen. Er war der Frau entgegengekommen, versuchte ihr die Aktentasche zu entreißen und drohte, sie in die Ohle zu werfen zu wollen, als sie um Hilfe rief. Schließlich unternahm der Burische auch noch einen Bergewaltungsverbrechen, der aber von der Ueberfallenen abgewehrt wurde. Nachdem es ihm gelungen war, der Frau die Aktentasche zu entreißen, nahm er aus dem darin befindlichen Portemonnaie 7—8 Mark heraus, setzte sich auf sein Fahrrad und entkam in der Richtung nach Morgenau.

Ein über Burische

Was von einem Raubverbrechen übrigblieb

Wie wir Anfang Oktober vorigen Jahres unter obiger Spaltenüberschrift berichtet wurde, damals der 24-jährige Schiffer E. aus Oswig von der Breslauer Kriminalpolizei verhaftet, weil er als der Unbekannte ermittelt worden war, der zu nächster Stunde auf dem Obermarkt ein Liebespaar auseinandergejagt und das Mädchen alsdann genötigt haben sollte.

Aus dem uns vorliegenden Berichtsbefehl in dieser Angelegenheit geht hervor, daß das Verbrechen gegen den Angeklagten wegen Fehlen hinreichenden Tatverdachts eingestellt worden ist. Die Ermittlungen haben einwandfrei ergeben, daß von einem Raubverbrechen nicht die Rede sein kann und sich das Mädchen auch nicht annähernd so verhalten hat, wie sie es später der Polizei schilderte. Die Bemerkungen über den „über Burischen“ von dem damaligen Bericht über den Vorfall anknüpfen, entbehren also jeder Grundlage.

Wem hilft die „Rote Hilfe“?

33 Prozent der Einnahmen fließt die Verwaltung

Der Zufall spielt uns eine Ueberrumpfung der kommunistischen „Roten Hilfe“ in die Hand. Bekanntlich sammelt die Kommunisten unter dieser Firma Gelder, angeblich zur Unterstützung aller Opfer des Klassenkampfes. Man ist sogar so großzügig, zu behaupten, daß auch sozialdemokratische Arbeiter unterstützt würden. Im Bezirk Söhlen hat nun die „Rote Hilfe“ im 3. Quartal 1930 insgesamt 4570,78 Mark Einnahme. Ausgegeben werden für Propaganda 268,14 Mark, an personellen Verwaltungsstellen 1810,64 Mark und an sachlichen Verwaltungsstellen 1717,20 Mark. Mitin hat die Verwaltung nicht weniger als 33 Prozent aller Einnahmen verschlungen. Für die Hilfeleistung gegenüber den Klassenkämpfern blieb also nicht viel übrig. Die „Rote Hilfe“ hilft mithin niemanden so gut als den kommunistischen Drahtziehern.

Schwerer Unfall eines Stadtfahrers

Gegen 9½ Uhr ereignete sich heute nachmittags vor dem Hause Chlauer Graben 27 ein schwerer Unfall. Der 43 Jahre alte Arbeiter Julius Köhler aus der Otto-Hub-Str. 7, der auf seinem Rade fuhr, wurde von einem Postkutschenwagen umgeritten und überrollt. Sofort erfolgte keine Einlieferung in das Krankenhaus, so ein Bruch der Schenkelknochen und schwere Gehirnverletzungen festgestellt wurden. Die Schuldfrage ist noch unklar.

Es geht vorwärts mit der Freien Schulbewegung in Mittelschlesien

Bezirkstag der Freien Schulgesellschaften

In Sandberg im Kreise Waldenburg traten am vergangenen Sonntag die Delegierten des Bezirksverbandes Mittelschlesien im Bunde der freien Schulgesellschaften Deutschlands zu der diesjährigen Jahreshauptversammlung zusammen, zu der auch zahlreiche Vertreter von Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften erschienen waren.

Einen überaus interessanten Vortrag hielt der Leiter der Carl-Marx-Schule in Neutölln, Oberstudienrat Dr. Karsten, Berlin. In Ausführung eines früheren Beschlusses gab sich die Generalversammlung dem eine Geschäftsordnung. Vom Bezirksvorstand war hierzu ein Entwurf ausgearbeitet worden, der die Zustimmung der Delegierten fand, doch wurde auf Antrag beschlossen, das Stimmrecht auf die Delegierten zu beschränken, während bisher auch der Bezirksvorstand Stimmrecht in der Generalversammlung hatte. Anschließend kam ein Sachungsantrag zur Beratung, zu dem von einigen Ortsgruppen eine Anzahl Änderungsanträge vorlagen. Nach den neuen Satzungen sind die Organe des Bezirksverbandes: die Vorstände der Ortsgruppen, die Unterbezirksleiter, der erweiterte Bezirksvorstand, der engere Bezirksvorstand und die Generalversammlung. Die Satzungen regeln das organisatorische Verhältnis der einzelnen Körperschaften zu einander. Nach Annahme eines Teiles der eingereichten Änderungsanträge wurde der Entwurf einstimmig angenommen.

Hierauf erstattete der Vorstand den Geschäftsbericht. Aus dem ging eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung des Bezirkes Mittelschlesien hervor. Die Zahl der Ortsgruppen konnte im Jahre 1930 auf 25 erhöht werden, eine Zunahme um etwa 50 Mitglieder war der Erfolg der Arbeit der Funktionäre. Mit Erfolg schloß auch die Errichtung weltlicher Schulen im Bezirk ab, deren Zahl von 19 auf 21 erhöht werden konnte. Die Zahl der in weltlichen Schulen eingeschulten Kinder betrug Ende 1929 insgesamt 7113 und konnte im Berichtsjahre auf 7860 gesteigert werden. Außer den Gemeinden, in denen bereits weltliche Sammelklassen bestehen, gibt es noch eine ganze Anzahl Orte, in denen Lebenskundeunterricht eingeführt werden mußte, weil es dort infolge ungünstiger Umstände noch nicht möglich war, weltliche Schulen zu errichten. Am Ende des Jahres 1929 schickten die Eltern von 379 Kindern in fünf Orten ihre Kinder zum Lebenskundeunterricht. Bis zum Ende des Berichtsjahres stieg die Zahl der Kinder auf 537 und die Zahl der Orte auf neun, in denen Lebenskundeunterricht erteilt wird. Außerdem gibt es noch in einer Anzahl Gemeinden Ortsgruppen, die weder Gelegenheit haben, ihre Kinder am Lebenskundeunterricht teilnehmen zu lassen, noch in eine weltliche Schule zu schicken, die aber ihre Kinder bereits vom Religionsunterricht befreit haben. Die Zahl dieser Kinder beträgt 145. Einen sehr erheblichen Aufschwung nahm die Zahl der Lehrer, die an weltlichen Schulen wirken bzw. Lebenskundeunterricht erteilen. Während es 1929 erst 163 waren, konnte man Ende 1930 213 Lehrer zählen. Die Zahl der infolge der wirtschaftlichen Krise nicht zahlenden, aber mit der Bewegung sympathisierenden wird auf etwa 30 Prozent der gesamten Mitglieder geschätzt. In den Orten Orlau, Neuhendorf und Streitz konnten neue Ortsgruppen errichtet werden. In den Orten Gnadenfrei, Bries, Schweidnitz und Neuhendorf gelang es, nach schwierigen Verhandlungen Lebenskundeunterricht neu ein-

zurichten und je eine weltliche Lehrkraft anzustellen. Ein besonderer Erfolg war den Breslauer Schulfreunden beschieden. Sie konnten zwei weltliche Systeme neu errichten. Wie außerdem aus den Zahlen der Kinder ersichtlich ist, war es möglich, in verschiedenen Orten die Zahl der Kinder in den weltlichen Schulen bedeutend zu erhöhen. Anträge auf Errichtung neuer Sammelklassen sind für Wäsegersdorf und Gnadenfrei, auf Erzielung des Lebenskundeunterrichtes für Orlau beantragt worden.

Seider wirkt die fortschreitende Wirtschaftsnote hemmend auf eine durchgreifende Werbung, so daß Ortsgruppen oft zur planmäßigen Bearbeitung nicht die ausreichenden Kräfte zur Verfügung haben. Um so größer ist der Erfolg zu werten, der im Jahre 1930 trotz aller Hemmnisse und Schwierigkeiten erzielt werden konnte. Trotzdem konnte allein in Striegau die Zahl der Kinder mehr als verdoppelt werden.

Nach dem Kasfenbericht konnte ein erfreulich hoher Kasfenbestand ins neue Jahr übernommen werden.

Konrektor Theurich berichtete anschließend über die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft der Lehrer und Lehrerinnen der weltlichen Schulen. Die Neubearbeitung und Durchsicht der Grundschulpläne ist zum Abschluß gebracht worden und die starke Nachfrage nach ihnen beweist, daß sie als Grundlage für die Schulfähigkeit dienen. Erfolge sind auch in der Kommissionsarbeit über die Legebuch- und Gesangbuchfrage der weltlichen Schule und das Problem der naturkundlichen Erziehungsmethode erzielt worden. Im neuen Jahr werden die praktischen Fragen der Methodik und Pädagogik stärker in den Vordergrund gestellt werden. Der Bezirksvorstand, Mitglied des Reichstages, Wendemuth dankte allen Mitarbeitern für deren treuherzige Mitarbeit, der allein der ungenante Aufstieg der Bewegung im Berichtsjahre zu verdanken ist. In der Aussprache wurde ein Antrag begründet, den Unterbezirk Breslau zur gleichen Beitragszahlung heranzuziehen, wie die übrigen Ortsgruppen. Der Antrag wurde dem Bezirksvorstand überwiesen. Der nächste Jahreshaupttag soll in Striegau abgehalten werden. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Karl Wendemuth, Waldenburg, 1. Vorsitzender, Gustav Helfsgott, Waldenburg, 2. Vorsitzender, Konrektor Hermann Sieroka, Mähle, Weisklein, Geschäftsführer, Richard Quander, Weisklein, Kassierer, Wiede, Weisklein, und Seidel, Altmasser, Reimann, Lehrer Paul Tischbe, Unterbezirksleiter für Breslau, Bademeister Richard Jörs, Unterbezirksleiter für Langenbielau, Schulleiter Hugo Müller, Unterbezirksleiter für Striegau, Konrektor Theurich, Vertreter der SPD, Lehrer Helbig, Vertreter der KPD, Lehrer Karsten, Vertreter der Gewerkschaft freigewerblicher Lehrer.

Für die Teilnahme an der Bundestagung in Bad Salzungen wurde außer dem Geschäftsführer Sieroka-Mähle der Kassierer Quander gemahnt. Dem Unterbezirk Breslau und dem Unterbezirk Langenbielau wurde die Bestimmung eigener Delegierten selbst überlassen. Eine Anfrage betreffend den geplanten Abbau von Lehrern beantwortete Wendemuth dahin, daß der Bund sich auf eifrige Bemühn, den Abbau zu verhindern. Die arbeitsreiche und zum Teil bewegte Tagung erbrachte den Beweis, daß erhebliche Arbeit zur Förderung der proletarischen Schulbewegung geleistet und dafür von den Mitarbeitern große Opfer gebracht worden sind. Der Dienst an der neuen Schule ist mit Begeisterung geleistet worden, alle ihre Funktionäre haben dabei Anteil an den erfreulichen Erfolgen, denen weitere im Jahre 1931 hoffentlich in reichem Maße folgen werden.

Bruder — ein Führer der Nationalsozialisten — am gleichen Abend von Kommunisten verprügelt wurde. In dem fraglichen Abend war eigentlich kein äußerer Anlaß zu dem Überfall auf den Zivilisten gegeben. Er will nur gehört haben, daß jemand „Rot Front!“ gerufen hat. Da konnte er sich nicht mehr halten und stürzte sich auf die drei harmlosen Passanten mit dem Rufe: „Seid ihr etwa auch solche verfluchten Kommunisten?“ Nur dem Umstand, daß der verwundete Kaufmann eine Schachtel Nivea-Creme in der Seitentasche hatte, ist es zu verdanken, daß kein größeres Unglück geschah. Der Stich wurde gedämpft und die Waffe drang nicht tief ein. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten. Das Gericht aber war außerordentlich milde und erteilte den von seinen Angehörigen geliebten Angeklagten zu zwei Wochen Arrest, die bei Zahlung einer Geldbuße von 60 Mark nicht vollstreckt werden.

Bei dem Fliegerprozeß wurde das für fahrlässiges Fahren verhängte hohe Strafmaß vom Opperlner Schöffengericht damit begründet, daß hier in gewissem Umfange das Abwehrprinzip Maß geben müsse. Hinsichtlich Ausbreitungen von Soldaten gegenüber wehrlosen Zivilisten, die nicht immer Mäxime so zweckmäßig verwahrt haben, daß sie gegen Bajonettstiche geschützt sind, scheint man in Opperln jedoch wesentlich anderer Ansicht zu sein. Wir sind keine Freunde des Abschreckungsprinzips, aber im Verhältnis zur allgemeinen Strafpraxis ist dieses Urteil eine Prämie auf Exzesse letzterem Soldaten, erschwert durch politische Momente, recht bedenklicher Natur. Wenn ein Soldat sich besäußt, daß er nicht mehr weiß, was er tut, oder von einem verirrten Kollateralschaden ist, daß er auf vermeintliche Kommunistengröße hin mit der blanken Waffe gegen friedliche Staatsbürger vorgeht, so hat er unersetzliches Verbrechen begangen. Die Eignung für den Dienst in der Heere erwieien, denn diejenigen, die mit ihren Steuergeldern die Reichswehr erhalten, haben doch wohl ein Recht darauf, vor verurteilten unerhörten Ausschreitungen bewahrt zu bleiben.

In Opperln scheinen bei der Mannschaft der dortigen Garnison überhaupt wertwürdige Begriffe über das Verhältnis zum zivilen „Vöbel“ zu bestehen. Wir berichteten bereits über die freundliche Bemerkung, die der Opperlner Spiegle im Fliegerprozeß hinsichtlich jenes polnischsprechenden Zivilisten machte, der dem Feldwebel Wolf jurist. er werde das Konjunktiv verhängen. Spiegle hatte nach eigener Angabe die Absicht, diesem Manne „den Kolben ins Kreuz zu hauen“, wenn er nicht verschwinde, hatte sich ja auch im übrigen Rechte angemahnt, die ihm nicht zuteilen, denn er konnte die Gefangenen war aufordern, mit zur Wache zu kommen, nicht aber zu verhaften. In diesem Stimmungsbild paßt der Schütze Wischalla mit seinem Nazibruder und gemeingefährlichen Kollaterals. Es wäre wohl zweckmäßig, wenn der Reichswehrminister sich der haarschneidenden Schulung in dieser Garnison einmal mit der ihm sonst eigener Energie annehmen würde.

Diegnitz. Stimmungsbild aus der nationalen Presse. Regen Unterhaltungen — von denen unter hiesigen Bruderblat bereits hiesiges — wurde hier ein früherer Sachhalter des deutschnationalen Blattes „Diegnitzer Tagespost“ verhaftet. Gleichzeitig entpuppt ein gewisser Kaiser, der vorher eine Zeitlang bei dem deutschnationalen Blätterherrn herrschte, sich als ein von mehreren Behörden gequälter Justizhüter. Auch er sitzt nun hinter Schloß und Riegel. Der Betrieb zahlte seinen Angeklagten natürlich auch nicht die tarifmäßigen Gehälter. Gegenwärtig schweben vor dem Diegnitzer Arbeitsgericht daher eine Unmenge Prozesse früherer Schriftleiter gegen die Tagespost. Der Leitungsleiter Schulze muß klagen, weil er am 6. Januar einfach entlassen wurde, seinen Dienst einzustellen, weil er auf einen ihm vorgelegten Spezialvertrag mit einstündiger (!!) Kündigung nicht einging. Der frühere Chefredakteur D. Friederici muß ebenfalls erhebliche Summen rückständigen Gehältes einfordern.

Mittel-Rüstern, Kreis Diegnitz. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Hier bestieg der 24jährige Obermonteur eine an der Dorfstraße stehende 20 Meter hohe 100jährige Eiche, um an ihr das Seil zu befestigen, das sie beim Fällen halten sollte. Während der Monteur noch den Baum erstieg, stürzte dieser plötzlich um. Der Obermonteur wurde von dem Baum herabgeschleudert und erschlagen. Um ihn trauern eine Witwe und drei unversorgte Kinder.

Falkenberg. Ein Wilderer erschossen. Der Förster des Reviers Gutschwitz ließ, als er das Revier beging, auf eine Bande von drei Wilderern. Einer von diesen, ein Arbeiter aus Gutschwitz, wurde durch einen Schuß des Försters so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Die beiden anderen Wilderer konnten bisher nicht ermittelt werden. — Tödliche Verletzungen von Wilderern bei Zusammenstoßen mit Forstbeamten häufen sich in der letzten Zeit derartig, daß es notwendig erscheint, vor zuständigen Stellen nachzuprüfen, ob nicht besondere Anweisungen an die Forstbeamten über den Gebrauch der Schusswaffe erforderlich sind.

Katibor. Die Bürgersteuer bringt nicht viel. Trotz Einführung der Bürgersteuer sowie auch der Biersteuer weist der Haushaltsplan der Stadt Katibor noch einen erheblichen Defizitbetrag auf. Die Aufsichtsbehörde hat deshalb durch hierzu bestellte Kommission die Einführung einer erhöhten Biersteuer mit Wirkung vom 1. Februar angeordnet.

Katibor. Eine bedeutsame Frage für Schlesiens Zukunft soll hier von der Fleischermesse gelöst werden. Dem allgemeinen Erwachen patriotischer Empfindens folgend, will die Katiborer Fleischermesse die „polnische“ in eine „schlesische“ Markt verwandeln bzw. umtauschen. Hoffentlich haben die Herren Fleischermesse keine Sorgen.

Gleitwitz. Erratische Blöde werden gesammelt. Bei Baggerarbeiten wurden im Vorjahre in Oberschlesien viele erratische Blöde aufgefunden. Professor Eisenreich in Gleitwitz hat man anregt, eine Bestandaufnahme der oberirdischen erratischen Blöde durchzuführen.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt-Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 1.0-1.7
Telefon 7964, 7061
Geöffnet von 9-11 und 16-18 Uhr

Schötenitz, Mittwoch, den 4. Februar, legen wir untern Bildungslerns fort und zwar spricht der Genosse Kies über „Die Gewerkschaftsbewegung“. Acht Tage später spricht Genosse Kade.

Ottelitz, Donnerstag, den 5. Februar öffentliche Versammlung bei Köpzig. Redner: Dr. Korn-Steine über das Thema: „§ 118, 19“. Anfang 20 Uhr. Mädchen, Frauen und Männer, auch aus der Umgegend, erheimt in Köpzig.

Machwitz. Die Dorfstraße halbseitig geöffnet. Die wegen Erdarbeiten gesperrte Dorfstraße ist nunmehr wieder für den Verkehr freigegeben. Da jedoch die Straße durch die Erdarbeiten eingengt ist, kann der Verkehr nur halbseitig angedeutet werden.

Klein-Schötenitz, Freitag, den 6. Februar 20 Uhr. Mitgliederversammlung bei Seidel. Redner: Gen. Schäffer.

Er wollte seine Mutter verbrennen Schauriger Mordplan eines Bauernsohnes?

In Neu-Grochau im Kreise Frankenstein wurde der Landwirtssohn Grammel unter dem Verdacht der Brandstiftung und versuchten Mordes verhaftet.

Grammel hat in der Nacht zum 31. Dezember das Wohnhaus und die Wirtschaftsgebäude seiner Mutter, der Stellenleiterin Witwe Hedwig Grammel in Silberberg, angezündet. Die fünf Bewohner der Wirtschaft konnten damals mit Mühe und Not vor dem Flammentode gerettet werden. Als Ursache des Feuers fand man vornherein Brandstiftung fest, denn es wurden im Neuschnee Fußspuren entdeckt, die von der Brandstelle nach der nahen Stadt Silberberg führten. Den Nachforschungen der Landjäger ist es gelungen, den Brandstifter in der eigenen Sohn der Besitzer zu ermitteln. Georg Grammel hat in Verbrechen bereits eingestanden, will aber über seine Beweggründe nichts aussagen.

Er steht jedoch unter dem dringenden Verdacht, das Feuer gelegt zu haben, um seine Mutter, seine Stiefhündin und seinen jüngeren Bruder in den Flammen umkommen zu lassen und sich so als Alleinerbe in den Besitz der Vermögenssumme zu setzen. Wäre ihm dieser verbrecherische Plan geglückt, so hätte außer der bereits genannten Angehörigen auch noch eine Schwester der Frau Grammel, die in Silberberg zu Besuch weilte, und ein Untermeister in den Flammen umgekommen.

In Niederschlesien wird geliedelt

Die Schlesische Landgesellschaft in Breslau, das bedeutendste private Siedlungsunternehmen für Niederschlesien hat die Rittergüter Mittel-Schreibersdorf (Kr. Landau) und Mähle (Kr. Goldberg-Haynau) zusammen rund 700 Hektar Siedlungsweiden erworben. Die neuen Siedlerstellen sollen zur diesjährigen Ernte bewasserrig sein. — Die Deutsche Landgesellschaft für innere Kolonisation (Berlin-Dahlem) hat von der Herrschaft Grätzberg (Kr. Goldberg-Haynau) etwa 4000 Morgen an Siedlungsweiden gekauft. Insgesamt sind etwa 10000 Morgen vorgesehen.

Am die Staatsgrenze unter Tage

Koffern haben sich nicht an die Grenze geschoben. Die polnische Regierung will, wie bekannt, den Durchgang der Passanten wegen der Grenzüberwachung beim Kohlenabbau in oberirdischen Revier erschweren. Die Passanten sollten bei der Kohlenförderung in Preußen-Österreich die Staatsgrenze unter der Erdoberfläche überqueren und seit 1928 Kohle von polnischer Seite her gewonnen.

Gegenwärtig ist eine Vereinbarung zwischen der Preussag einerseits und dem polnischen Fiskus sowie der Kohlegesellschaft „Starkboform“ andererseits in Aussicht genommen, die der Preussag die weitere Förderung auf polnischer Seite überläßt. Dazu aber auch die polnische Gesellschaft zum Ausbau ihrer Gruben nach der deutschen Seite hin und zur Förderung einer entsprechenden Kohlenmenge berechtigt. Der „Gazeta Warszawska“ zufolge soll die Vereinbarung für 39 Jahre abgeschlossen werden.

Nicht überall dürfen Zuverlässigkeitsrennen abgehalten werden

Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat im Hinblick auf den gesteigerten Kraftwagen- und Ausflügelverkehr die Abhaltung von Zuverlässigkeitsrennen auf folgenden Rennstrecken verboten: Regierungsbezirk Breslau: Breslau-Neumarkt-Bardowick; Breslau-Dels; Breslau-Trebnitz; Breslau-Frankenstein-Glag; Glag-Altheide-Kudowa; Breslau-Schweidnitz-Trebnitz-Waldenburg; Schweidnitz-Neurode-Glag-Striegau-Schweidnitz-Reichenbach-Heidersdorf; Regierungsbezirk Diegnitz: Mähle-Görzik-Bunzlau-Haynau-Diegnitz-Lauer; Reichenbach-O.-Görzik-Lauban-Greifensberg-Hirschberg-Landeshut; Karlsbad-Schreibersdorf-Hirschberg-Schonau-Goldberg-Diegnitz-Bardowick; Diegnitz-Luben.

Lehrmädchen suchen den Tod in den Bergen

Wie letzter Nacht schleppten sich am Montag zwei Breslauer Lehrmädchen in die Brothäuel, die nach ihren Angaben am Sonnabend nach Krummhübel gefahren, dort übernachtet hatten und am nächsten Tage ohne jede Ausrüstung etwa zwei Stunden ins Hochgebirge gegangen waren. In ihren Korbschürzen hatten sie ihre Leinwand und letzte Grube an ihre Angehörigen mitgenommen, denn sie wollten den Tod durch Erfröhen gelohnt haben. Ueber den Grund ihrer Lebensmüdigkeit machten sie keine näheren Angaben. Ein anwesender Arzt leistete die ärztliche Hilfe, bis beide in das Krasdorfer Krankenhaus überführt werden konnten.

Milde Justiz bei militärischen Ausschreitungen

Vor dem Opperlner Schöffengericht hatte sich gekehrt der Soldat Josef Wischalla vom Infanterie-Regiment Nr. 7 wegen verurteilten Ausschreitungen und der gefährlichen Körperverletzung zu verantworten. Er hatte am Abend des 30. Dezember in Opperln nach einer Autofahrt mit Nationalsozialisten (?) in angrenzenden Wald ohne ersichtliche Ursache den Kaufmann Jumentzsch aus Opperln mit dem Seitengewehr in die linke Brustseite geschossen und andere Personen bedroht. Wischalla gab die Tat auch zu und begründet seine Handlung damit, daß sein

Der große Arbeitskampf in Lancashire

Die Lage wird immer kritischer — Auch bei den Eisenbahnern droht ein großer Lohnkampf

London, 3. Februar. (Sig. Draht.)

In Lancashire erlahmt eine Spinnerei nach der andern, so daß außer den 220 000 Webern sehr schnell auch die gesamten Spinnereiarbeiter brotlos sein werden. Die Stimmung unter der Arbeiterschaft spitzt sich immer mehr zu. Eine aus 12 Mann bestehende Deputation des radikalen Flügels der Ausgepeinigten weilt seit Montag in London. Sie erklärte dem Handelsminister Graham, daß die in der vergangenen Woche nach London gekommene Verhandlungskommission der gewerkschaftlichen Organisationen ohne Auftrag der Arbeiter mit der Regierung und den Unternehmern an einem Tische gesessen habe. Allerdings hat auch diese Abordnung des jeder Eingung abgeneigten Teils der radikalen Arbeiterschaft keinen Auftrag von der gesamten Arbeiterschaft. Wie erbittert im Aussperungsgebiet gekämpft wird und wie verheerend die Brutalität der Fabrikanten wirkt, zeigt die Tatsache, daß dadurch selbst die Geschlossenheit und die Aktionseinheit der Ausgepeinigten gesprengt zu werden droht. In Manchester sind am Dienstag neue Einigungsverhandlungen angebahnt worden.

In der Zwischenzeit kämpfen 600 000 englische Eisenbahner vor dem nationalen Schlichtungsrat um die Erhaltung des Lohnstandards. Durchschnittlich sollen die Löhne um sechs Schilling die Woche verringert werden. Für die Spitzenlöhne wird jedoch der von den Eisenbahngesellschaften vorgeschlagene neue Tarif einen Verlust von monatlich 20 bis 30 Schilling bringen. Ferner sollen die Nacharbeit, Reparatur- und Extraleistungen nur noch nach dem einfachen Tarif entlohnt werden. „Das wäre der Krieg“, sagte am Dienstag der Gewerkschaftsführer Brown, der die Interessen der Eisenbahner vor dem Schlichtungsgericht wahrnimmt.

„Wir flagen an!“

Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands, eine Organisation, in der 360 000 mittelbare und unmittelbare Opfer der Arbeit organisiert sind, hat durch die Delegationen des Reichstages herbeiführen lassen. In gutgeleiteten und ungemein plastischen Bildern erlebt der ergriffene Zuschauer den schweren und tränenreichen Kampf, den die Millionenmänner der Arbeiter tagaus, tagein unter Einlass von Leib und Leben führen müssen. Hebetall lauert die Gefahr. Im Bergbau, an den Maschinen, am Hebelton und auf dem Baumgerüst. Niemand weiß die Zahl der Proletarier, die der mörderische Alltag zugrunde richtet. Nicht nur im Bergbau fallen die Massenopfer, auch in der

Metallindustrie, in den Eisenbahnbetrieben, an den Fördermaschinen, Baggern und Greifereanlagen, beim Arbeiten mit feuergefährlichen oder ätzenden Stoffen, ist die Zahl der Unfälle Legion.

In aufrüttelnden Bildern zeigt der Anlage-Film das ungeheure Arbeitspensum des Zentralverbandes, der sich zur stärksten Invalidenorganisation der Welt entwickelt hat. Im jähren Ringen mit der Reaktion wurde mancher sozialpolitische Fortschritt erzielt, die Erhöhung der Invalidenrenten und Unterstützungsjahre durchgesetzt.

Der Film, der in einem Massenaufruf der Invaliden und in einem rühmvollen Bekenntnis zur demokratischen Republik ausklingt, fand bei der Aufführung stürmische Zustimmung. August Karke, der langjährige Verbandsvorsitzende und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, umriß in eindringlichen Worten Sinn und Zweck dieses Kampffilms für soziale Gerechtigkeit. „Wir flagen an“ hat die Aufgabe, das Bewußtsein der Öffentlichkeit wachzurufen und auf das soziale Elend der im Kampf der Arbeit auf der Straße Gebliebenen hinzuweisen. „Wir bitten nicht“, rief Karke, „sondern wir fordern! Die Existenz unseres Verbandes allein ist eine Anklage an die heutige Gesellschaft!“

Dem starken Film, der der wertvollen Arbeit des Zentralverbandes neuen Antrieb geben wird, ist höchste Verbreitung zu wünschen.

Interessanter Reichsbankausweis

Die Woche zum Jahresabschluss zeigt im Reichsbankausweis einige wirtschaftlich bemerkenswerte Tatsachen. Die Zunahme der Handelswechsel um rund 287 Millionen ist relativ beachtlich zu nennen, nachdem der Januar gegenüber der Aufspannung zum Jahresbeginn keine sehr beträchtliche Entlastung gebracht hatte. Die ebenfalls erhebliche Vermehrung der Lombarddarlehen um rund 105 Millionen läßt zusammen mit der Vermehrung des Wechselbestandes darauf schließen, daß bei den Banken ein ziemlich erheblicher Geldbedarf vorhanden war. Daß dieser Geldbedarf nicht der Produktionsausweitung dienste, ergab sich aus der fortwährenden Wirtschafstriebe. Also wird man darin Auswirkungen der Wirtschafstriebe bis zur dritten Januarwoche noch feststellen dürfte zu sehen haben. Sodann hat das Reich offenbar zum Monatsabschluss erhebliche Gelder gebraucht. Dafür verlor die Abnahme der unverzinslichen fremden Gelder auf Girokonten um rund 188 Millionen und die gleichzeitige Inanspruchnahme des offenen Reichskredits (100 Millionen) um ca. 60 bis 70 Millionen. Der Kassenumlauß hat

sich entsprechend der Mehrbeanspruchung der Reichsbank um rund 627 Millionen auf 4383 Millionen erhöht. Endlich schließt die Devisenabflüsse bei der Reichsbank vorübergehend. Zum ersten Male seit dem 15. Dezember hat der Reichsbankbedeckungsfähigen Devisen um wieder 3,8 auf 199,4 Millionen genommen; die Goldbestände blieben mit 234,2 Millionen unverändert. Die Notendeckung hielt sich weit über der gesetzlichen Vorgabe. Sie ging zwar zurück, zogen auf Gold und bedeckungsfähige Devisen, von 65 auf 60 Prozent zurück; die am Jahresanfang vorhandene Notendeckung liegt aber noch um rund 40 Prozent über der gesetzlichen vorgeschriebenen Deckung.

Staatspolitischer Schulungskursus des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes

In der Zeit vom 8. bis zum 21. Februar hält der Allgemeine Deutsche Beamtenbund im Pösterholungsheim in Zöbelen bei Berge einen staatspolitischen Schulungskursus ab. Seine Mitglieder ab, der 30 Teilnehmer aus Schlesien aufwärts. Als Dozenten wirken u. a. die Herren Chefredakteur Krause, Dr. Stammer, Dr. von Grumbkow, Oberregierungssekretär Dr. Hamburger (MdB.), Regierungsdirektor Wagner in Breslau, Dr. Völter-Berlin (MdB.), Ruffert vom U. S. Breslau, Junke-Breslau, Berlomich-Berlin, Ministerialrat Falkenberg-Berlin. Dieser Kursus wird eine Woche lang unter dem Thema: „Wirtschaft und Volk“, die anderen Wochen unter dem Thema: „Staat und Volk“ durchgeführt. Die Vorträge dauern täglich 3-5 Stunden, an einzelnen vortragsfreien Nachmittagen sind Besichtigungen industrieller Werke und Anlagen vorgesehen. In den Abendstunden finden zwanglose Besprechungen aus dem Gebiete der Wirtschaft, Sozial- und Staatspolitik statt, verbunden mit erläuternden Lichtbild-Vorführungen.

Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund hat es bisher stets als eine seiner vornehmsten Aufgaben betrachtet, seine Mitglieder und Funktionäre in Kursen und Vortragsveranstaltungen zu schulen; es ist dies der 5. Kursus, der in Schlesien innerhalb von 3 Jahren abgehalten wird. Im Laufe dieses Jahres sind noch weitere 6 größere Kurse in allen Teilen Deutschlands vorzunehmen. Ueber den Verlauf dieser für die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Beamtenbewegung bedeutungsvollen Veranstaltungen werden wir nach Beendigung dieses Kursus noch berichten.

Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.G.
FILIALE Breslau

Gonnesson deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

Fleisch- u. Wurstwaren

Wilh. Land jr.

Lehngabensstr. 2 empfiehlt ff. Fleisch- und Wurstwaren zu billigsten Tagespreisen

Paul Merettig Mathias-Str. 140

Felaste Fleisch- und Wurstwaren

Alfred Just, Scheffniger Str. 23

Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann, Herdains-Str. 106

ff. Fleisch und Wurstwaren.

Paul Berndt Weidenburger-Str. 4

ff. Fleisch und Wurstwaren

Richard Stamppe Kospothstraße 5 und Wilhelmshafener Str. 26

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Gustav Standke Friedrich-Karstr. 3

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Merettig II Kleine Schick- und Wurstwaren

Breslau-Grabenstraße, Buchenmarkt, 2

Fritz Kaps Kosterstraße 7

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Kursow Sandpferstr. 26

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Emil Lideck Steinsener Straße 6

Fabrik ff. Fleisch- und Wurstwaren

Möbel-Kaufhäuser

Kauft Eure Möbel bei Royoll

Mathiasstraße 59 ein und ihr werdet sich zurückziehen sein

Molkerei-Produkte

Alsen-Molkerei Fernstr. 52/55

Bernasse Vergebauer, Alsenstr. 86

Nicht nur die besten Verfahren angewandt, sondern für Reinheit u. Qualität

Molkerei Emanuel Rsohl Tel. 59224

empfehl. Koch-, Mager- u. Buttermilch, Butter, Weiß- u. Feinbutter in allererster Qualität an eigener Molkerei. Ferner stets frisch zu den billigsten Tagespreisen alle Spezial-Fett- und Magermilch u. den Geschäften Alsenstraße 21 und Lehndamm 2.

Molkerei Hammer Lehngabens-Str. 5

Groß- und Kleinverkauf Vollmilch, Buttermilch, Magermilch, Butter, Weiß- und Feinbutter

Central-Dampfmolkerei Bettlern

Hermann Walter Stadtgasse 23
Der Nonneit entsprechende, modernste, Betriebs-einrichtung, Spezial-Schlagermilch, Feinbutter u. Quark

Schlechte & Sohn, Berlin, Ullrichstr. 5/7

In sämtlichen durch unsere Filialen gekennzeichneten Spezialgeschäften erhältlich

Kochbücher

Ruft bei Blasse Blasse ist billig

Nur Gruppenpreise

Zigarren, Zigaretten

Wilhelm Gondek Alsenstraße 13

Zigarren, Zigaretten, Tabake, anerkannt beste Qual.

Oswald Grunwald Tel. 21573

Leinwand • Tuche • Tücher • Laken

Schuh- und Lederwaren

Leder im Norden

von Karl Dönka, Markt 8

Albert Godek Markt 21

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

Markt 21/22

MuhVogel

Scheffniger Straße Nr. 12 Friedrich-Wilhelm-Straße 66

Beerdigungs-Anstalten

Beerdigungs-Anstalt C. Heymann Alsenstraße 55/57

Zweiggeschäft Gräbener Straße 43

Beerdigung, Überführungen, Feuerbestattungen

Neuerzeit Überführungs-Autos

Größtbetrieb

Begräbnis-Versicherung

Prosperität kostenlos Vertreterbesuch unverbindl.

Bäckereien und Konditoreien

Ernst Glatz Bohraner Str. 37

Telefon 2694

Rickert und Kondorci

Der Wahre Jacob Preis 30 Pl.

Vollkorn-Brotbacken

Fahrräder und Reparaturen

Fahrradhaus „Frisch auf“ Nikolaistraße 78/79

Bundsgeschäft f. Arb.-Radl. Bundes „Solidarität“

Karl Borst jun. Steinsener Straße 12a

Fahrräder, Motos, Nähmaschinen, Sprechapparate

Reparaturwerkstatt. — Telefon 21573

Metallbetten, Matratzen

Metallbetten / Matratzen

Kinderbetten / Gasbecker

Beier & Olowinsky Breslau, Hermannstraße 31

Auch gegen monatliche Mietzahlungen ohne Anzahlung

Wäsche, Berufsbekleidung

Leinwandhaus Gotthard Völkel Friedrich-Wilhelm-Str. 51 u. Albrechtstr. 35 (nahe Ring)

Gute Berufsbekleidung und Wäsche

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Leinwandhaus

Bekleidung

Anfertigung eleganter Herren- u. Damengarderobe nach Maß, Garantie für gut. Sitz — Niedrigste Preise

Gustav Starz, Breslau Oelsner Str. 15 (Nähe Waterlooplatz) / Tel. 4310

Oskar Baum Sternstraße 77

Kleider — Blusen — Röcke — Wäsche

Schürzen — Strümpfe — Handschuhe

— Kleider- und Wäschestoffe —

Gaststätten u. Gasthöfe

Julius Randhuss, Scheffniger Str. 33

Zentrale-Mischbier der angesehenen Firma Brenner & Waeber

Inhaber: Richard Julius Randhuss. Keine Filiale

Fabrikation, Verkauf, Ausschank und Gaststätte.

Drei Worte Waldhofbitter Schubert Breslau 3

„Zur Stadt Berlin“ Inh.: Hermann Kipke Frankfurter Straße 72

Trinkt Hirschke-Crème anerkannt vorzüglich

Pfandhäuser

Belehnung von Wäsche • Betten • Kleidungsstücken • Gold- u. Silberwaren

Julius Grundmann Irbelitzer Straße 21.

Geld auf Pfänder Leihhaus Rose

Friedr. Wilh. Str. 67

und Brandenburger Straße 24

Geld auf Pfänder aller Art Leihhaus Alfred Wanke Nachf.

Mariannenstraße 6!

Uhren und Goldwaren

G. Glade Bohraner Straße 11

Ecke Sadovastraße

Uhren und Goldwaren

Eigene Reparaturwerkstatt

Leser dieser Zeitung 5%, Rabatt

Ein Schenk

Friedrich Engel

Der Zweck

aus der

Wille

Wille

Wille

Wille

Wille

Wille

„Ins Dritte Reich!“

Die Begründung seines Verbots.

Im Vortragsaal des sozialdemokratischen Parteivorstandes zeigte am Montag der Film- und Lichtbilddienst der SPD den Filmoberprüfstelle auch für geschlossene Veranstaltungen vorbehaltenen Propagandafilm „Ins Dritte Reich“. Die ganze Ungeheuerlichkeit des skandalösen Filmoberbotes zeigte dann die am Montag vormittag bekannt gegebene zehn Schreibmaschinenseiten starke, von lächerlichen Berlegenheitsformulierungen geradezu prägende schriftliche Begründung der Filmoberprüfstelle auf, die der Vertreter der Herstellerfirma, der preussische Landtagsabgeordnete Kutner entsprechend kommentierte und deren teilweise Verleumdung bei den anwesenden Pressevertretern der verschiedensten Blätter zum Teil stürmische Heiterkeit, zum Teil spontane Empörung hervorrief.

Das Hakenkreuz ist immun!

Der Film zeigt in recht einprägsamer und wirksamer Form die Berlegenheit der nationalsozialistischen Agitatoren, die Hand in Hand mit den reaktionärsten Schatzkammer der Industrie den Arbeiter in das Gefängnis einer falschhäftigen Diktatur schleppen und ihn aller gemäßigten, sozialen und kulturellen Erziehungskräfte der Republik berauben wollen. Der Unternehmer wird in einer ulkigen, aber keineswegs bössartigen Karikatur als Hüter seiner heiligsten Geldsackelange vorgeführt. Der Nazi, eher zu milde, als zu scharf gezeichnet. Er produziert sich im Seifenblasenspiel, Marke Drittes Reich. Es fehlt nicht an aktuellen Anspielungen, die Gesundheits-Büroten ebenso mit kesselfeindlicher Satire gloriert wie die Nazi-Schaufensterkürmer aus der Leipziger Straße. Der Tridifilm endet in einem Bekenntnis zur sozialen Republik, die nur errungen werden kann, wenn der Faschismus überwunden ist.

Man sagt sich an den Kopf, wenn man erfährt, daß dieser Propagandafilm, der mit laubaren Mitteln, entschieden, aber nicht fertig, die falschhäftige Fest bekämpft und ein Bekenntnis zum Volkstaat ablegt, im Namen der Republik verboten worden ist. Hier ist die politische Absicht so brutal und so unerschrocken zugegriffen, daß man das Verbot der jamaikanischen Filmoberprüfstelle als eine glatte Sympathie-Demonstration für die Republikanismen bezeichnen muß.

Seltene „Unterlagen“.

Das Verbot des Films, das sich auch auf alle geschlossenen Mitglieder-Versammlungen der Sozialdemokratie erstreckt, erfolgte wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Trotzdem der Vertreter der Hersteller immer wieder darauf hinwies, daß die Aufführung des Films nur für interne Veranstaltungen der Sozialdemokratie in Frage käme, ignorierten mündliche und schriftliche Begründungen diese Tatsache. Sie sprechen immer wieder von der Gefahr, die die öffentliche Aufführung des Films für „Ruhe und Ordnung“ bedeuten würde. Auf der anderen Seite aber dokumentiert man sich selbst, indem man sagt, daß eine große Partei wie die Sozialdemokratie mit ihrer millionenfachen Mitgliedschaft auf interne Veranstaltungen keinen Anspruch erheben könne, da ihre Zusammenkünfte öffentlichen Versammlungen gleichstünden. Uebrigens erlaubt sich die Oberprüfstelle, wie Kutner darlegte, eine seltsame Beweis-methode, indem sie ein in der ersten Instanz vorgezogenes negatives Gutachten des Vertreters des Innenministeriums auch für das skandalöse Verbot der zweiten Instanz als Unterlage benutzt.

Zwei Todesurteile?

Der Kampf um den Kopf der Angeklagten im Berliner Lieschen Neumann-Prozess

Im Prozess um die Ermordung des Uhrmachers Ulbrich sind vom Staatsanwalt äußerst schwere Anträge gestellt worden. Stolpe und Benziger sollen zum Tode verurteilt werden. Hinter Lieschen Neumann sollen sich auf neun Jahre die Tore des Gefängnisses schließen.

Als der Staatsanwalt sein Plädoyer beendet hatte, da baute man allgemein das Gefühl, daß mit so schweren Anträgen der Sache der Angeklagten eigentlich gar kein schlechter Dienst erwiesen sei. Gewiß bleibt auf Grund des nun einmal bestehenden Gesetzes dem Staatsanwalt, wenn er den Mord als gegeben annimmt, nichts anderes übrig, als die Todesstrafe zu beantragen. Aber so schwerig, wie die Dinge hier liegen, so unfähig die Angeklagten gefunken zu sein scheinen, und so unaufrichtig die Tat doch in ihrem wesentlichsten Punkte ist — so einfach ist es im vorliegenden Falle, der Stimme des Herzens, die auch die soziale Not dieser Zeit, aus der heraus die scharflichte Tat mit zu erklären ist, zu folgen und den Mord nicht für zu erlösen, sondern den Totschlag für möglich zu halten.

Ob Mord oder Totschlag vorliegt und wie weit zur Zeit der Begehung der Tat noch Ueberlegung oder eine Affektstimmung vorlag — das zugunsten der Angeklagten zu entscheiden, war im wesentlichen der Inhalt der zum Teil natürlich auch stark auf soziale und sentimentale gestellten Plädoyers der drei Verteidiger: Rechtsanwält Mendel vertrat Stolpe, Rechtsanwält Reinald Benziger, Jurist Davidsohn die Angeklagte Lieschen Neumann. Verteidigung und Staatsanwaltschaft waren sich in der Beurteilung der Vorgeschichte der Tat ziemlich einig. Es ist tatsächlich zunächst von allen drei Angeklagten die Ermordung des Uhrmachers Ulbrich geplant gewesen. Verteidigung und Staatsanwaltschaft waren sich auch darin einig, daß Lieschen und Stolpe bei dem Plan der grausigen Tat aktiver gewesen sind als der kleine Benziger, dessen Haltlosigkeit und Willensschwäche nicht nur von familiären Sachverständigen übereinstimmend betont worden ist, sondern auch genügend im Verlauf der Verhandlung offenkundig wurde; einen „Merker aus Gefälligkeit“ nannte ihn Rechtsanwält Reinald in seinem Plädoyer vielleicht nicht ganz unzutreffend.

Verschiedene Ansätze von Verteidigung und Staatsanwaltschaft ergaben sich vor allem in der Beurteilung der Motive, die zum Willen zur Tat führten und in der Rekonstruktion des Ablaufs der Tat selbst. Man kann nicht sagen, daß sich der Staatsanwalt mit der Suche nach den zur Tat führenden Motiven sehr viel Nähe gegeben habe. Geldgier! Rechts als gewöhnliche Geldgier verleierte die drei Täter, nicht! Schale wollten sie haben und ins Kino gehen“. So die Worte des Angeklagten. Kann man wissen, wie diese Wendung mit der „Schale“ zu tun hat? Der kleine Benziger hat im Lauf der Verurteilung einmal seinem Verteidiger erzählt, daß er sich so sehr ein paar Schuhe gewünscht habe. Und Stolpe antwortete einmal bei einem der verschiedenen Inquirieren durch einen medizinischen Sachverständigen auf die Frage nach der Bedeutung des Sprichwortes „Kleider machen Leute“. Der kleine Benziger hat bei Erfolg bei den Richtern. Bei dieser Gelegenheit fiel der Ausdruck, den nun der Staatsanwalt bei seiner Anklage mit drohenden und drohenden Pathos in den Saal rief, indes er die mündlichen Minderwertigkeitsurteile und die anderen Inkompetenzen, die bei dem Angeklagten doch nur eine weinliche Rolle mitspielt haben, einfach ignorierte. Nach Lieschen soll nach der Meinung des Staatsanwalts nur aus Schmutz gehandelt haben; wenn sie nicht mit der Hochstrafe ver-

Die Filmoberprüfstelle vom Dritten Reich.

Uebergehen wir die plumpe Parteilichkeit dieser Prüfstelle, die in der Behauptung, die Darstellung bewege sich auf sehr niedrigem Niveau“ gipfelt und zitieren wir eine Stelle, die in völlig einseitiger Weise die getarnte Nazieele des Regierungsrats Beder und seiner Mannen aufzeigt. Es heißt da: „Weiter wird in dem Bildstreifen der Nationalsozialist in beleidigender Form herabgesetzt. Wie der Sachverständige des Herrn Reichsministers des Innern ausgeführt hat, kann die Betätigung und der Charakter der nationalsozialistischen Partei für die Beurteilung des Bildstreifens keine Rolle spielen. Denn man kann auch einer Partei, die die bestehende Staatsordnung zu ändern bestrbt ist, den durch das Gesetz gewährleisteten Schutz gegen widerrechtliche Angriffe nicht verweigern. Die nationalsozialistische Partei wird hier in einem rohen und plumpen Kürchen typisiert. Der typische Nationalsozialist schlägt Fenster-scheiben ein, beschuldigt einen anderen der Tat, läßt ihn un-schuldig ins Gefängnis wandern und verhöhnt den unschuldig Eingekerkerten. Es wird hier in unerschöpflicher Weise an die gekennzeichneten Szenen in der Leipziger Straße angeknüpft. Vor allem aber wird gegen die nationalsozialistische Partei ver-jetzt, der nicht erwiesene Vorwurf erhoben, sie sei die Anführerin bei den Szenen in der Leipziger Straße gewesen. Auch die hierin liegende öffentliche Beleidigung einer großen Partei durch den Bildstreifen kann nicht zugelassen werden.“

Ein Attentat auf den gesunden Menschenverstand!

Bei Beurteilung dieser grotesken Sache stellt Kutner fest, daß sowohl das preussische Innenministerium, wie das Kultusministerium und der Berliner Polizeipräsident ihm bezeugt haben, daß es sich bei den bisher geführten und auch den noch bevorstehenden Prozessen gegen die Schaufensterkürmer aus der Leipziger Straße durchweg um ein geschrübene Miß-glieder der NSDAP handelt. In ihrem heftigen Be-streben, sich bei Hitler und Co. anzubiedern, und den Mäuler-Gebells zu Gefallen zu sein, schreden die Dunkelmänner der Filmoberprüfstelle nicht davor zurück, schwarz in weiß umzu-wandeln und Tatsachen zu leugnen, die gerichtsnorisch sind. Als eine besondere Kuriosität dieser „Begründung“, die einmal eine Zierde der Schredenssammlung der politischen Zeit-ge-schichte sein wird, sei auch jener Absatz vermerkt, in dem es heißt munter und eindeutig heißt: „Der Einwand, es sei nicht Sache der Oberprüfstelle, radaufstige Elemente das Handwerk zu legen, ist nicht stichhaltig. Der ordnungsliebende, in sich ge-schlossene Volksgenosse und Bürger wird sich in der Regel durch keinen Film zu strafbaren Handlungen bestimmen lassen. Es werden immer mehr oder weniger radaufstige Elemente sein, die die öffentliche Ruhe und Sicherheit stören“. Was, wie Kutner dem Sinn nach hartnäckig ausführte, wohl eine Auf-forderung an die ordnungsliebenden Bürger bedeutet, sich schleunigst in radaufstige Elemente zu verwandeln. Dieser Absatz bedeutet eine glatte Kapitulation von den Straftaten vorwärts. Wenn sie noch länger, daß die einzigartige Begründung des einseitigen Verbotes auch wegen „Herabsetzung eines Grades“ erfolge, des Unternehmers nicht lagen darf, was alle Späßen von den Dächern witzigern. Die Tatsache nämlich, daß sich die Nazis riesige Geldsummen zu-frieden lassen.

Der Anti-Nazi-Film muß freigegeben werden!

dies bei objektiver Würdigung doch nicht nur der verständliche Versuch zur Rettung der Angeklagten zu sein, sondern ein Hinweis auf eine immerhin durch das Ergebnis der Beweisaufnahme hervorgerufene Möglichkeit. Als Lieschen Neumann sich mit dem Ermordeten ins Bett legte und vor dem Eintreffen ihrer Freunde in jener einem normalen Menschen unbegreiflichen Seelenruhe einschloß, da war der Mord allerdings ganz sicher geplant. Auch als die jungen Männer in den Laden, dessen Kiegel Lieschen heimlich vorher geöffnet hatte, eindrangen, da mag noch die feste Absicht, den Ulbrich zu erwürgen, bestanden haben. Aber dann, das steht fest, schlugen alle Uhren im Laden still und das nahm den Mörder den Mut. Dann, steht gleichfalls fest, bestätigten sie untereinander, daß sie eigentlich alle drei „keine Traute“ hätten. Nun geschah das Unerwartete, womit sie nicht gerechnet hatten: der Uhrmacher erwachte. Nein, es ist nicht erwiesen, ob kurz vorher der Wille zum Mord durch die Zeitigkeit, unter der besonders Benziger litt, den jungen Mädchen wieder vorgegangen war — es ist nicht erwiesen, aber es ist doch möglich und, so sagen wir mit Unrecht die Verteidiger, sogar bis zu einem gewissen Grade wahrscheinlich. Nachdem aber nun Ulbrich wach geworden war, Licht machen wollte, in der Dunkelheit mit seiner Hand dem Benziger ins Gesicht stieß, zu schreien anfing, woran er erklärlich-erweise gehindert werden sollte — da geschah dann die grausige Tat, die nun vielleicht doch eher Tötung als Mord, eher eine Affekt-handlung als ein vorzügliches Verbrechen gewesen ist. Benziger hielt den Uhrmacher ein paar Sekunden lang fest, dann machte er sich, wie man weiß, vor Angst in die Seiten; jetzt soll er aufs Schaftot. Man fragt sich denn doch: ist so ein „Mann“ der geborene Mörder? Für Stolpe, der ja auch intelligenter ist als Benziger, sieht die Sache bremslicher aus; er muß in der Tat, das ergab auch der Obduktionsergebnis, ziemlich fest zugepaßt haben. Lieschen war währenddessen aufgestanden und zog sich leise zurück an, gewiss ein unbegreifliches Verhalten — aber, Mord?

Stolpes intellektuelle Fähigkeiten sind bestimmt nie sehr hoch gewesen, hier waren sie auch noch durch seine Liebe beeinträchtigt. Benziger unterlag ganz offenbar dem Willen Stolpes, dessen Wille aber wieder von anderen Dingen und unglücklichen Umständen bestimmt war; die Verirrung ist schrecklich genug. Für Lieschen gibt der Verteidiger die durch die Beweisaufnahme erhärtete Tatsache zu bedenken, daß ihre Haltlosigkeit und Inaktivität sie mit derselben Sicherheit zum Schlechten trieb, wie sie sie nach sachverständiger Aussage hätten zum Guten leiten können. Lieschen tat bei der Einlieferung ins Gefängnis einen kläglichsten Auspruch: „Wenn doch mal früher einer so zu mir gewesen wäre, wie jetzt so viele zu mir sind“. Sie hatte Seh-nis nach Güte und Liebe. Sie fand Güte und Liebe bei einem, der unglücklicherweise und schuldlos bestimmt ein Mörder werden mußte. Wohl fähig, das Ungelegliche der Tat einzusehen, aber bei ihrer geistigen und sittlichen Unentwickeltheit kaum fähig, den Willen gemäß ihrer Einsicht zu bestimmen, geriet Lieschen Neumann, schuldig-unschuldig, in diese Tat mit hinein. „Hier kann ein Mensch getötet werden!“, rief mit einem Pathos, das aus einem erkrankten Herzen kam, der Verteidiger, und „menschlicher“ als Lieschen sind vielleicht sogar die im juristischen Sinne sicher schwerer schuldigen Mörder selbst. . . .

Kürten-Anklage fertig

Die Staatsanwaltschaft Düsseldorf hat die Anklage gegen den Massenmörder Kürten fertiggestellt. Die Anklage umfaßt neun Morde und sieben Ueberfälle. Gemäß § 154 der Straf-prozessordnung wurde in allen übrigen Fällen von der Erhebung der Anklage abgesehen.

Erdstöß in Bayern

Die Erdbebenstelle des Flugplatzes Hof teilt mit, daß am Seismographen gestern abend zwischen 4 1/2 und 6 Uhr ein erheblicher Erdstöß bemerkt wurde, der in süd-nördlicher Richtung von Murlig über Reichendorf-Hof-Gumpersreuth verlief. Besonders veripürt wurde der Erdstöß in Gumpers-reuth, wo er als explodierender Knall wahrgenommen wurde und verhältnismäßig an den Häusern Schaden anrichtete.

Do X wieder verunglückt

Dem deutschen Flugboot „Do. X“ ist ein neuer Aufstieg in der Gando-Bucht 14 Meilen südlich von Las Palmas miß-lungen. Das Flugzeug erlitt inneren Schaden. Es sind Reparaturen nötig, die den Weiterflug einmweilen unmöglich machen.

Die Erdbebenkatastrophe in Neuseeland

Nach vorliegenden Meldungen hat das Erdbeben in Neuseeland große Verluste an Menschenleben und riesigen Sachschaden verursacht. Die Stadt Kapier, der Hafen und Hauptort von Hawkes-Bucht, North-Island, hat am meisten gelitten und steht in Flammen. Auch die Stadt Hastings, die einzige Meilen von Kapier entfernt liegt, ist schwer in Mitleidenhaft gezogen worden. Dort haben mehr als 100 Menschen ihr Leben verloren und Hunderte sind verletzt worden. Der Bevölkerung, die sich zum Strande geflüchtet hat, fehlt es an Lebensmitteln und Wasser. Auf das Erdbeben folgten einige Flutwellen. Die Schiffe im Hafen wurden nach allen Richtungen auseinander-getrieben. Einige von ihnen retteten sich auf die hohe See. Viele Menschen wurden in den Straßen durch die einströmenden Häuser getötet. Ein Privatkrankenhaus stürzte zusammen und begrub Patienten und Krankenschwestern unter seinen Trümmern. Auch ein Teil des nördlichen Hospitals stürzte ein. Zahlreiche Krankenschwestern, die in dem danebenliegenden Schweinestall schliefen, werden vermisst. Das Erdbeben hat die ganze Küste verwüstet. Viele Klippen sind ganz oder teilweise ins Meer gestürzt. Fluss Hill, eine über den Hafen von Kapier ragende Höhe, stürzte in die Bucht. Alenthalten fanden Erdrutsche statt. Das britische Kriegsschiff „Beronica“ lag gerade vor Kapier, als das Erdbeben ausbrach. Der Kommandant beobachtete die Katastrophe an Land und leitete die Rettungsarbeiten in der Stadt. Die Admiralität in London hat eine Mitteilung des Befehls-habers des neuseeländischen Geschwaders erhalten, derzufolge sich die Kreuzer „Dunedin“ und „Diomedes“ mit Verletten, Kranken-schwernern und Arzneimitteln von Auckland nach Kapier begeben. Weitere Verletzte und Krankenschwestern werden in Flugzeugen und Kraftwagen nach dem heimgekehrten Gebiet gesandt.

Der Befehlshaber des Kriegsschiffes „Beronica“ hat einen An-spruch nach Auckland gemacht, in dem es heißt: „Ich bin frohen von einer Befähigung Kapiers zurückgekehrt. Fast alle Strüßgebäude sind zerstört und zahlreiche Teile der Stadt brennen noch heftig. Hunderte von Holzhäusern sind ebenfalls ver-nichtet worden. Man befürchtet, daß die Verbliebenen sehr groß ist. Es ist jedoch noch nicht möglich, die Zahl der Opfer ab-zuschätzen. Die Befähigung der Stadt ist außer Betrieb und die Gegend wird daher nicht imstande, der Brände Herr zu werden. Die Bevölkerung ist ruhig, aber durch die Größe der Katastrophe schwer erschüttert. Ich habe Lebensmitteldepots organisiert, lasse die Straßen durch Polizeistreifen überwachen und habe Kollazette errichtet. Obdachlose Frauen und Kinder

werden an Bord der „Beronica“ genommen. Die Erdstöße dauern fort.“

Weiter wird aus Auckland gemeldet: Es war um 10 Uhr früh (11.20 Uhr abends mitteleuropäische Zeit), als der erste Erdstöß in Kapier veripürt wurde. Es folgte gleich darauf ein weiterer Stöß, der fast ebenso schwer war, wie der erste. Alle Häuser erschütterten, und die Stadt war nur durch die brennenden Häuser erhellt. Die Bekämpfung der Feuersbrunst erfolgte durch Sprengung der Gebäude mit Dynamit, um ein weiteres Umfich-greifen der Flammen zu verhindern. Kapier sieht aus, als wenn es einer Beschädigung ausgesetzt gewesen sei. Das Ration-Hotel, eines der bekanntesten Hotels in Neuseeland, und alle daran grenzenden Gebäude sind dem Erdboden gleichgemacht. Außer Kapier und Hastings wurden auch die Städte Waipukurau, Danversville, Woodville und Gisborne schwer mitgenommen, doch scheinen in diesen Städten Menschenleben glücklicherweise nicht zu beklagen zu sein. Die Telephonistinnen in Gisborne blieben auf ihrem Posten, bis ein Befehl gegeben wurde, das Gebäude zu räumen, worauf sie in geschlossenem Zuge auf die Straße maršierten.

Kapier liegt etwa 220 Kilometer nördlich von Wellington und zählt ungefähr 19 000 Einwohner. Wie verlauret, wird ein großer Teil des bei dem Erdbeben angerichteten Schadens von Londoner Versicherungsfirinen getragen werden müssen.

Nach den letzten Meldungen wird die Zahl der bei dem Erdbeben in Neuseeland Verletzten in der am schwersten betroffenen Stadt Kapier auf 1000 geschätzt. Ein Familienhater aus Rochester (Newyork) will einen An-spruch aufgefungen haben, nach dem allein in Kapier 100 Todesopfer zu ver-zichnen sind.

In der Stadt Hastings (südlich von Kapier) haben 21 Per-sonen den Tod gefunden. Das Krankenhaus und das Haus der Krankenschwestern stürzten ein, mehrere Bewohner wurden unter den Trümmern begraben. Die Stadt steht in Flammen. Ein An-spruch zur Verteilung von Lebensmitteln hat sich geltend-macht. In Waipukurau (nördlich von Kapier) sind große Ver-zwörungen zu verzeichnen. Von dort werden zwei Todes-opfer gemeldet. Die Städte Waipukurau und Waipawa haben ebenfalls sehr gelitten. Die Regierung entsandte 20 Kran-ken-schwernern und 16 Verletzte nach dem heimgekehrten Gebiet. Die Minister für öffentliche Gesundheit und für Landwirtschaft haben sich an Ort und Stelle begaben.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Generalversammlung der Breslauer Metallarbeiter

Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Breslau, hielt am 2. Februar seine Bezirks-Generalversammlung ab. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor. Die Kollegen Keil und Ziegler ergänzten und erläuterten ihn noch mündlich. Der Verband hat sich trotz der schlimmen Krise in der Breslauer Metallindustrie wider Erwarten in seiner Mitgliederzahl gut gehalten. Die Zahl der Mitglieder beträgt Ende des Jahres 12 900 gegen 12 550 im Vorjahr. Außerhalb wurden 24 994 verkauft. Die Zahl der Beiträge ist stark zurückgegangen, so daß wir schon vor das Jahr 1899 zurückgreifen müssen, um eine solche geringe Zahl an Beiträgen in unserer Verwaltungsstelle zu finden. Es sind 804 neu dem Verband beigetreten, 1929 waren es 2136. Die niedrigste Zahl an Beiträgen seit dem Jahre 1899 betrug 1020. Gerade diese Zahlen zeigen den katastrophalen Niedergang der Breslauer Metallindustrie. Allein für Arbeitslosenunterstützung wurden 116 548 Mark ausgezahlt, für Krankenunterstützung 109 479 Mark. Die Summen für diese beiden Unterstützungen zusammen sind höher als die Gesamteinnahmen der Hauptkasse. Die Gesamteinnahmen in der Hauptkasse betragen 492 801 Mark, die der Spezialkasse 187 553 Mark, die Gesamtausgaben der Hauptkasse 547 649 Mark, die der Spezialkasse 194 947 Mark. Die Mitgliederzahl und die Beitragsleistung ist vollständig kollabiert. Die Arbeitslosigkeit hat sich im vergangenen Jahr immer weiter entwickelt. Wir haben in Breslau 10 000 Metallarbeiter arbeitslos gemeldet, also fast jenseit wie beschäftigt sind. Von den Beschäftigten müssen noch eine große Anzahl beschäftigt arbeiten.

Den Manteltarifvertrag konnte der Verband am 1. Februar 1930 mit einigen Verbesserungen neu vereinbaren, den Lohnabzug konnte er gegen die Übermacht, die ihm gegenüberstand, nicht verhindern. Die Unternehmer wollen sich aber mit dem hundertprozentigen Lohnabzug noch nicht begnügen. Sie versuchen weitere Lohnkürzungen durchzuführen. In einigen Fällen müßten wir zur Arbeitseinkahlung greifen, um weitere Verkürzungen abzuwehren. Die Metallarbeiter sind nicht bereit, sich weitere Verschlechterungen kompromißlos gefallen zu lassen. Zur Abwehr von Lohn- und Arbeitsabzug ist es im Laufe des Jahres in den Dink-Schumann-Fabrikwerken, Abteilung Kappenblechbau und der Firma Faulhaber Arbeitseinkellungen gekommen. In der Metallindustrie waren am 7. Januar 1930 12 170 beschäftigt, am 12. September 1930 waren es 8170 und am Schluß des Jahres noch weniger.

Die Bauhilfsarbeiter in einer Bewegung um den Abschluß eines neuen Mantel- und Lohnarbeits. Die Bauhilfsarbeiter haben ihr Schicksal in die Hände des Metallindustriellenverbandes gelegt. Der Syndikus des Verbandes Schlichter Metallindustrieller führte zum ersten Male auch die Verhandlungen für die Innungsbeiträge. Der Manteltarifvertrag sollte alle Verschlechterungen des Manteltarifvertrages der Metallindustrie erhalten und der Lohn sollte um 15 Prozent gesteigert werden. Die Bauhilfsarbeiter haben bereits bezüglich der Lohnkürzung auf 8 Prozent zurückgegangen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Die Bauhilfsarbeiter haben im April 1930 eine Tarifänderung getroffen, auch der die alten Löhne bis 31. März 1931 weiter gelten. Dieser Tarifvertrag ist keines der Unternehmer bereits genehmigt worden.

Die Unfallkassentare und Helfer haben ihren Tarifvertrag auf längere Dauer abgeschlossen und sind dabei ganz gut gefahren. Der jetzige Tarif läuft bis 31. März 1931 und ist ebenfalls genehmigt.

Die Heizungsmonatrate haben ihren Tarifvertrag bereits am 31. August 1931 genehmigt und sind am 1. Januar zum Abschluß eines neuen gekommen, der eine 4prozentige Lohnkürzung bringt.

Die Fregate der Zigarettenmaschinenfabriker ist ein Opfer der Stilllegung der Zigarettenfabrik Schlein-Halpaus geworden.

Für die Firma Fitch & Co., Caspar Bollheim und Gebr. Frey & Co. sind besondere Betriebslohnabkommen getroffen worden.

Vor den Gerichten — in der Hauptlage vor dem Arbeitsgericht — wurden 313 Prozesse geführt, davon hatten 130 einen Erfolg. Es wurden außerdem 45 Termine wahrgenommen.

Von 406 gewählten Arbeiter-Betriebsräten in der Metallindustrie Breslaus gehören 338 dem Deutschen Metallarbeiterverband an.

Wahrsagen gegenüberstellungen haben regen Zuspruch gefunden. In den 99 Verhandlungen waren im vergangenen Jahr 1761 Jugendliche beteiligt.

In der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Gläsel, Sülle, Bachmann und Hegelichneider.

Die Wahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: Ziegler als 1. Beisitzer, Keil als 2. Beisitzer, 3. Beisitzer als 3. Beisitzer, 4. Beisitzer als 4. Beisitzer, 5. Beisitzer als 5. Beisitzer, 6. Beisitzer als 6. Beisitzer, 7. Beisitzer als 7. Beisitzer, 8. Beisitzer als 8. Beisitzer, 9. Beisitzer als 9. Beisitzer, 10. Beisitzer als 10. Beisitzer. Diese Kollegen sind somit als Mitglieder der Ortsverwaltung gewählt. Weitere Stimmen erhielten als Helfer die Kollegen Pichs 142, der Kollege Börner 24. Es wurden dann noch einzelne Spitzentimmungen abgegeben.

Lohnkonflikt auch in der ober-schlesischen Sattlerindustrie

In der ober-schlesischen Sattlerindustrie hat ein neuer Lohnkonflikt sich abzuzeichnen. In der letzten der Tarifverträge von letzten der Arbeitgeber gefordert werden die Gehälter haben die Arbeiter die Forderung nach einer Lohnkürzung von 15 Prozent erhoben. Auf Wunsch der Vertreter der Arbeiterseite hat die Verhandlung zwischen den Parteien ausgesetzt werden, bis die Organisation der Arbeiter ihre Gegenforderungen ausgearbeitet haben.

Am die Stilllegung der Sattler-Duisburg-Rubert-Weidert

Duisburg, 2. Februar. (G. D. P.)

Die Stilllegung der Sattler-Duisburg-Rubert-Weidert hat am 11. Februar, Sonntag, seinen Anfang genommen. Die Arbeiter sind im Bergwerksgebiet des Werkes. Die Stilllegung der Sattler-Duisburg-Rubert-Weidert hat am 11. Februar, Sonntag, seinen Anfang genommen. Die Arbeiter sind im Bergwerksgebiet des Werkes.

Die den Arbeitnehmern angebotene Stelle ist nicht von einer zu einem bestimmten Zweck in der Sattler-Duisburg-Rubert-Weidert. Die den Arbeitnehmern angebotene Stelle ist nicht von einer zu einem bestimmten Zweck in der Sattler-Duisburg-Rubert-Weidert.

werden sind nach Berlin gefahren, so daß Besprechungen mit den Ministerien über die Stilllegung der Sattler-Duisburg-Rubert-Weidert zu erwarten sind. Möglicherweise werden noch Wege gefunden, das Werk, das für den Export eine besonders günstige Frachtbasis hat, in Arbeit zu halten.

Esam, 2. Februar. (G. D. P.)

Die Vereinigten Stahlwerke haben Antrag auf Stilllegung verschiedener Abteilungen und der Betriebsfabrik der Grube „Friedrichsberg“ in Hallinghausen gestellt. Zur Entlassung kommen 300 Arbeiter und Angestellte.

Die Verhandlungen im Holzgewerbe

die vom Reichsarbeitsministerium zur Beilegung der Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeleitet wurden, sind ergebnislos verlaufen. Die Verhandlungen der Parteien gehen noch zu weit auseinander. Die Unternehmer verlangen nicht nur eine Herabsetzung der Löhne um mindestens 8 Prozent, sondern auch eine erhebliche Verschlechterung des Sozialvertrags, die im Endeffekt auf eine weitere Kürzung der Löhne hinausläuft. Angesichts einer solchen Forderung war eine Einigung undenkbar.

Der Verlauf der Verhandlungen zeigt, daß bei dem Arbeitgeberstand der Holzindustrie schwere innere Schwierigkeiten vorhanden sind, die einer Verständigung im Wege stehen. Wie die Dinge liegen, erscheint es fraglich, ob man mit ihm überhaupt noch zu einer zeitlichen Vereinbarung kommen kann. Der Kampf gegen die Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Holzgewerbe wird vom Deutschen Holzarbeiterverband mit unermüdlicher Kraft weitergeführt.

Der Lohnabzug

Für die rheinische Schieferindustrie wurde ein Schiedspruch gefällt, der einen Lohnabzug von 8 Prozent vorschreibt. Die Unternehmer hatten 15 Prozent gefordert.

Für die Metallindustrie im Kreis Salingen ist ein Schiedspruch zustande gekommen, der den Gehältern des Arbeiters von 63 auf 78 Prozent herabsetzt.

In der mittelhessischen Mineralbrunnenindustrie wurde zwischen dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften eine Senkung sämtlicher Tariflöhne um 6 Prozent vereinbart.

Di. Rhein und die Frauen

Zur Frage der Doppelverdienens

Der kürzlich auf dem Reichstreffen der Doppelverdienensvereine bei der Arbeit in den Kreisen der Zwangsverpflichteten begreiflicherweise Veranlassung herbeigeführt. In der Diskussion und zugehörigen Zusammenkünften wird darauf hingewiesen, daß die Frauen mit ihren Löhnen von 15 Mark es bringen müßten, noch Nebenarbeit zu leisten. Bei allen Dingen könnten die Frauen, die leistungsfähig sind, durch ihren eigenen Lohn auf den Markt kommen und für ihr ganzes Leben auf jede Nebenbeschäftigung verzichten.

Diese Behauptungen sind natürlich und haben sicherlich manches für sich, aber die Arbeitgeberseite muß einsehen, daß in einer Zeit, wo die Wirtschaften keine Arbeit haben und nicht mehr so viel wie sonst verdienen, es für die Frauen nicht möglich ist, noch Nebenarbeit zu leisten. Bei allen Dingen könnten die Frauen, die leistungsfähig sind, durch ihren eigenen Lohn auf den Markt kommen und für ihr ganzes Leben auf jede Nebenbeschäftigung verzichten.

Die Haltung der gewerkschaftlichen Organisationen in der Doppelverdienensfrage muß von der wirtschaftlichen Notlage des Augenblicks her betrachtet werden. Sind einmal in Deutschland wieder bessere Zeiten gekommen, dann wird sich die Lage der Frauen nicht ändern, wenn ein gewissermaßen dauernder noch irgendeine eine Nebenbeschäftigung hat.

Ein letzter Redegeldman bleibt allerdings trotz alledem: jeder Gewerkschafter, der in der Frage der Doppelverdienensfrage mit den Frauen gut verstehen will, muß ein Gefühl von Piktetätigkeit und Gleichmütigkeit haben, weil die Frau- und Jahn-Jahn-Berichter eben in den Spitzen der Wirtschaft sind und nur einem der Wirtschaft und immer nicht denen, denen ein Gehalt zu zahlen ist und für eine Kürzung ihrer Löhne sich nicht eignen. Wenn die Arbeiterseite einsehen will, daß die Frau- und Jahn-Jahn-Berichter eben in den Spitzen der Wirtschaft sind und nur einem der Wirtschaft und immer nicht denen, denen ein Gehalt zu zahlen ist und für eine Kürzung ihrer Löhne sich nicht eignen.

Der Zusammenbruch des Konsumvereins Halle

Durch die Lagerung der Waren über die Krise der Konsumvereine in Halle hat sich ein Zusammenbruch abgezeichnet. Die Konsumvereine haben die Waren im Lager zu liegen lassen und sind in der Krise der Konsumvereine in Halle hat sich ein Zusammenbruch abgezeichnet. Die Konsumvereine haben die Waren im Lager zu liegen lassen und sind in der Krise der Konsumvereine in Halle hat sich ein Zusammenbruch abgezeichnet.

Ohne Pause

Immer neue

Billigkeiten!

- Küchenmesser mit guter Klinge, Stück 8 Pt.
- Isoliertflaschen 1 Liter, mit ganzem Aluminiummantel, St. 95 Pt.
- Besteckkörbe aus Draht, Stück 45 Pt.
- Emaillierte Wassereimer grau, 28 cm Stück 62 Pt.
- 1 Wäschekorb eckig, ca. 70 cm br., nur 85 cm groß, oval, mit kleineren Fehlern, Stück 4.95
- 5 tellige Steingut-Waschgarnituren dekoriert, Garnitur 2.90
- Einzeln. Steing. Waschbeck od. Krüge durchweg Stück 72 Pt.
- Bierbecher versch. Ausführungen, mit Goldrand, Guilloché, geschliffen und andere Muster, Stück 15 Pt.
- Porz.-Goldrand-Untertassen mit Dekor, Stück 8 Pt.
- Porzellan-Butterdosen Stück 95 Pt.
- 6 Stück Steingut-Gewürztonnen Satz = 6 Stück 90 Pt.
- Porzellan-Goldrand-Obertassen Stück 10 Pt.
- Porz.-Goldrand-Milchküpfel ca. 1 Liter Stück 65 Pt.
- Porzellan-Kaffeesevice für 6 Pers. mit Goldrand, 12 oder 14, St. 2.65
- Porz.-Goldrand-Speiseteller Stück 42 Pt.
- Porz.-Goldrand-Bratenplatten Stück 95 Pt.
- Glas-Kompotteller od. Schälchen Stück 7 Pt.
- Glas-Butterdosen Stück 22 Pt.
- Porzellan-Goldrand-Salatiere eckig 95 Pt.
- Porzellan-Kakao-Kanne messing-vernickelt 1.75
- Deckel höherer Dek. St. 2.25, 1.05
- Email.-Waschbecken mit Seilnapf, 34 cm, Stück 78 Pt.
- Emaille-Kaffeekanne 15 cm Stück 88 Pt.
- Emaille-Kehrschaufeln grau, Stück 38 Pt.
- Emaille-Maschinenöpfe 20 cm 95, 18 cm 85, 16 cm 65, 14 cm 52, 12 cm 40, 10 cm 29 Pt.
- Messerkasten 4-teilig, Hartholz, Stück 90 Pt.
- Kleiderbügel mit Hosenstrecker, Stück 25 Pt.
- Wäschelöffel Stück 45 Pt.
- 1 Robhaarbesen, 1 Robhaarfeg. groß, zus. 1.95
- Reform-Unterbetten Gr. 90/190, Stück 7.50
- Peddigrohr-Tische mit 60 cm Buchenpl. St. 5.75, 60 cm mit 1 Unterpl. 7.75, 50 cm Platte Stück 4.75
- Peddigrohr-Walstrandessel mit gelochter, mit schwarz Knöpfen Feder- 12.50
- Walstrand-Peddigrohrsessel post. 13.50
- Metalldienststellen 1. Erwachs., Größe 90/190 cm, 33 mm starkes Rohr, weiß u. schwarz, St. 17.50
- Polstermatratzen gute Füllung und Wollanlage, Dreil., 3-teilig mit Korkkissen, Größe 90/190, 21.50
- Polstermatratzen bis zu groß gestreift, Dreil., Induktionsfüllung, 55 Pt.
- Deutsche Spielkarten in goldenen Qualitäten, St. 45 Pt.
- Koch-Rezeptbücher zum Einschreiben, Stück 15 Pt.
- Die lustige Kiste humoristische Erzählungen, Bsp. in Leinen gebund., jedes Stück 95 Pt.
- Moderne Romane jedes Stück 95 Pt.
- Groß-Rezeptbuch „Die gesunde Küche“ v. Prof. Kraft, 325 S., leicht entgeg., Bd. vollst., Mandel- und Blumen-gesüße, durchweg Stück 10 Pt.
- Liebes- oder Liebes-Tafelbuch, durchweg 15 Pt.
- Bertra-Frisierkämmen weiß, mit klein. Schöbentisch, 10 Pt.
- Pa. Oberstulpen ca. 700 Gramm Herstellungs-gewicht, Ringel, beste ausgeübte Qualität, 42 Pt.
- 6 ml. 8 Stück Kackhölzer in Fed.-Fabrik, 45 Pt.
- Bahnwägen weiß u. gelb, ausgeübte Qualität, 1-Pfund-Dose 45 Pt.



Friedrich Ebert

Zum 60. Geburtstag

des allzu früh verstorbenen ersten Reichspräsidenten

Nachwelt, soweit sie zu einem objektiven Urteil überhaupt...

Während draußen die Welle der Angriffe sich über ihm...

Friedrich Ebert

Zu seinem sechzigsten Geburtstag

und Dichtern, deren Welt ihm fremd war. Sah er neben Gerhart...

Aber es heißt das Undenken Eberts scharf, wenn man...

Junge Arbeiter

An allen Abenden, groß und schwer, werden wir an den harten Tischen sitzen...

Meine Not und deine Not, Bruder, ist zu schwer für uns're Schultern.

Morgen noch und wieder morgen - morgen. Uns're Träume sind nicht bunt und weit...

lismus und die Demokratie an einem Bol und Mussolini...

Ebert aber blieb, statt sich der Vergangenheit zuzuwenden...

Musketier Ebert

Zwei kleine Opfertafeln sind an Friedrich Eberts Ruhedäule...

Hölle, die der Generalstabschef „Offensive“ nennt oder „Abwehr-...“

Nach Jahre vor ihrem Vater verteilte man die beiden kraft-...“

Gedenkblatt für Carl Hauptmann

Zu seinem 10jährigen Todestag am 3. Februar.

Einer der geistigen Väter des Expressionismus, einer der...

Wenn man von Carl Hauptmann für und für sprechen wird...

Dieser Eindruck wurde verstärkt in seinem großen zwei-...“

Von Carl Hauptmanns dramatischen Werken ist nicht viel...

Die Wirkung, die von all diesen Werken ausging, war in...

Darüber, über den Tod dieses Künstlers, sind nun zehn...

Der Kampf der Arbeiterklasse in der Tschekoslowakei

Zur Studienfahrt tschechischer Genossen nach Prag.

Eine Reihe von Genossen aus allen Teilen Schlesiens wird...

Die tschechoslowakische Republik weist insbesondere in ihren...

